

Zürcher Journalistenpreis 16

Felix E. Müller
Preis für das Gesamtwerk

Paula Scheidt
Schweizer Familie

Markus Häfliger
Thomas Preusse
Kasachstan-Affäre

Federico Franchini
Hannes Grassegger
Daniel Puntas Bernet
Unicef und Blutgold

Der Zürcher Journalistenpreis

Es gibt nicht wenige Medienpreise in der Schweiz. Kaum einer aber hat eine so lange Tradition wie der Zürcher Journalistenpreis, der vom Zürcher Presseverein (ZPV) ins Leben gerufen und 1981 erstmals verliehen worden ist. Trägerin ist heute die Stiftung Zürcher Journalistenpreis. Ihr Zweck ist es, über die Ausschreibung und Vergabe eines Preises einen konkreten Beitrag zur Förderung der journalistischen Qualität zu leisten. Die Prämierung von herausragenden Arbeiten soll Journalistinnen und Journalisten ermutigen ihre unter immer anspruchsvolleren Bedingungen zu leistende Aufgabe inhaltlich wie auch stilistisch auf hohem Niveau zu meistern und journalistische Werke zu schaffen, die über den Tag hinaus in Erinnerung bleiben.

Die Arbeiten, die in Produkten von Medienverlagen (inklusive Online) der Kantone Zürich und Schaffhausen publiziert worden sind oder die von Autorinnen und Autoren stammen, die hauptsächlich in diesen Kantonen tätig sind, werden von einer unabhängigen, sich aus Journalisten und Publizisten zusammensetzenden fünfköpfigen Jury begutachtet. Jährlich gehen rund 180 Arbeiten ein, die in einem mehrstufigen Verfahren ausgewertet werden.

Die Preisgelder stammen von einer ganzen Reihe von Spendern und Sponsoren.

Preisträger 2016

Felix E. Müller

Preis für das Gesamtwerk 6

Paula Scheidt

Schweizer Familie 12

Markus Häfliger Thomas Preusse

Kasachstan-Affäre 20

Federico Franchini Hannes Grassegger Daniel Puntas Bernet

Unicef und Blutgold 34

Wo bleibt ihr, digitale Talente?

Grussadresse des Präsidenten



Nicht immer sind die von der Stiftung Zürcher Journalistenpreis ausgezeichneten Arbeiten so nahe am Zeitgeschehen, wie es dieses Jahr der Fall ist: Ein Text widmet sich einer Flüchtlingsgeschichte, ein anderer einer Affäre, welche das Berner Parkett im letzten Jahr erheblich in Aufruhr brachte. Dies zeigt, dass nach wie vor die Aktualität den Tages- und Wochenjournalismus in der Schweiz beherrscht und dass trotz grossem Wehklagen über redaktionelle Sparmassnahmen Arbeiten entstehen, die preiswürdig sind und weit über den Tag oder die Woche hinausstrahlen. Interessant auch, dass alle ausgezeichneten Arbeiten aus traditionellen Printmedien stammen, die eine sogar aus einem «neuen» Printmedium, welches offline und online geschickt vereint.

Mit anderen Worten: Trotz einiger guter Ansätze in den letzten Jahren setzt sich beim Zürcher Journalistenpreis die digitale Welt noch nicht so richtig durch. Man könnte nun sagen, journalistische Qualität sei halt noch immer den traditionellen analogen Medien vorbehalten, die Jury des Zürcher Journalistenpreises sei überaltert oder zu wenig digital-affin, das Internet zu flüchtig, um wirkliche publizistische Spuren zu hinterlassen. Dies alles ist falsch. Es geht wohl mehr ums Bewusstsein von Autorinnen und Autoren, die gar nicht auf den Gedanken kommen, ihre Arbeit könnte etwas Herausragendes sein.

Deshalb erfolgt an dieser Stelle der Aufruf: Liebe digitale Autorinnen und Autoren, glaubt an Eure Formate, schickt Eure Arbeiten ein, macht uns aufmerksam auf Originelles, Unkonventionelles, Spezielles! Unsere Jury ist offen für alles!

Mich persönlich freut besonders, dass der Preis für das Gesamtwerk in diesem Jahr an einen Journalisten geht, der die Schweiz seit mehr als einem Jahrzehnt mit einem hervorragend konzipierten und redigierten Blatt prägt und der in seiner bestechend unaufgeregten und gleichzeitig unbestechlich-liberalen Art Kommentare und Analysen schreibt, die stets journalistische Wegmarken setzen.

Andrea Masüger
Präsident der Stiftung Zürcher Journalistenpreis

Stiftungsrat

.....
Andrea Masüger (Präsident)

CEO Somedia
.....

Kaspar Loeb

Kommunikationsberater
.....

Riccarda Mecklenburg

Dozentin und Publizistin
.....

David Strohm

Zürcher Presseverein
.....

Geschäftsführung

.....
Brigitte Becker
.....

Jury

.....
Hannes Britschgi (Präsident)

Ringier
.....

Susan Boos

WOZ Die Wochenzeitung
.....

Hansi Voigt

Journalist
.....

Lisa Feldmann

Publizistin
.....

Alain Zucker

Tages-Anzeiger
.....

Die Jury

Hannes Britschgi

(Präsident)



Hannes Britschgi, geboren 1955, wuchs in Obwalden auf, besuchte in Luzern das Gymnasium und verbrachte ein Zwischenjahr in den USA. In Bern studierte er an der juristischen Fakultät und schloss

1984 mit dem Berner Anwaltspatent ab. Nach einigen Auftragsarbeiten in der Filmbranche öffnete sich eine Tür beim Schweizer Fernsehen, wo er im Vorabendmagazin «Karussell» das Fernsehhandwerk von der Pike auf lernte. Dann leitete er die Experimentalsendung «Max». Es folgten vier Jahre in der Konsumentensendung «Kassensturz». Dem breiten Publikum wurde Britschgi als harter Interviewer im Polit- und Wirtschaftsmagazin «Rundschau» bekannt. 1997 erhielt er den Telepreis. 2001 wechselte er als Chefredaktor zum Schweizer Nachrichtenmagazin «FACTS». 2005 übernahm er die Programmleitung von «RingierTV». 2008 wurde er «SonntagsBlick»-Chefredaktor. Seit 2011 leitet er die «Ringier Journalistenschule», ist Mitglied in Ringiers Publizistischem Ausschuss und schreibt für die Titel des Hauses. Britschgi ist Vorstandsmitglied im Verein Qualität im Journalismus.

Susan Boos



Susan Boos ist 1963 in Zürich geboren und danach in St. Gallen aufgewachsen. Nach der Ausbildung zur Primarlehrerin im Seminar Rorschach stieg sie 1984 bei der «Ostschweizer AZ» in den Jour-

nalismus ein und studierte gleichzeitig an der Universität Zürich Ethnologie, Politologie und Publizistik.

1989 wurde sie Redaktorin der «Ostschweizer AZ» und wechselte 1991 als Redaktorin zur «WOZ Die Wochenzeitung»; seit 2005 ist Boos in der Redaktionsleitung. Sie hat verschiedene Bücher publiziert, darunter «Fukushima lässt grüssen. Die Folgen eines Super-GAU», das im März 2011 im Rotpunktverlag erschienen ist.

Hansi Voigt



Hansi Voigt (49) war von Oktober 2007 bis Dezember 2012 Chefredaktor von 20 Minuten Online. In dieser Zeit entwickelte sich das Online-Angebot der Gratiszeitung zum grössten Newsportal der

Schweiz. Vorher war er beim «Beobachter» tätig und davor lange Jahre, unter anderem als Blattmacher, bei der Wirtschaftszeitung «Cash». 2006 wurde Voigt gemeinsam mit Ursula Gabathuler für einen Artikel im «Beobachter» zum Thema Armut mit dem Zürcher Journalistenpreis ausgezeichnet. Im Jahr 2012 wurde er vom Fachmagazin «Schweizer Journalist» zum «Chefredaktor des Jahres» gewählt. Voigt hat seit seinem Weggang von 20 Minuten Online verschiedene Beratermandate in der Schweiz und in Deutschland angenommen und sieht im digitalen Wandel vor allem viele Chancen für Journalisten und den Journalismus. Er hat 2013 das Newsportal Watson gegründet und gemeinsam mit Peter Wanner, dem Verleger der AZ Medien, lanciert. Nach der dreijährigen Aufbauphase hat er vor kurzem die Geschäftsführung an Michael Wanner übergeben und ist offen für Neues ...

Lisa Feldmann



Lisa Feldmann, geboren 1958 in Plettenberg, hat nach ihrem Studium der Germanistik und Anglistik (Magister) eine journalistische Laufbahn eingeschlagen, die beim «Stern» begann

und rasch Richtung Lifestyle, Mode und Frauenthemen weiterführte. Sie war in der Chefredaktion von «Elle», danach Chefredaktorin der «Cosmopolitan». Anschliessend leitete sie die Special-Redaktion des Magazins der «Süddeutschen Zeitung». Seit 2002 lebt Lisa Feldmann in der Schweiz und ist inzwischen auch Schweizerin. Ihre journalistischen Stationen hier: Mode-Berichterstattung im Lifestyle-Bund der «Sonntagszeitung», Chefredaktorin der «Annabelle» (2004–2013). Im Sommer 2013 ging sie als Chefredaktorin zu Interview. Seit Sommer 2015 entwickelte sie die deutsche Ausgabe der französischen Zeitschrift «L'Officiel», die sie jetzt wiederum als Chefredaktorin leitet.

Alain Zucker



Alain Zucker wurde 1967 in Zürich geboren. Nach der Schulzeit in Zürich studierte er Geschichte und Volkswirtschaft an der Universität Zürich und an der Washington University in St. Louis, USA. Danach

absolvierte er ein Volontariat beim «Brückenbauer» und schloss berufsbegleitend den Journalismus-Diplomkurs am Medienbildungszentrum in Luzern ab. 1996 wechselte er zur «Weltwoche», zuerst als Wirtschaftsredaktor, dann als Leiter der Reporter und schliesslich als Leiter der Wirtschaftsredaktion. 2003 verliess er die «Weltwoche» und wurde Autor für «Das Magazin» und die «Bilanz». Dann kehrte er als USA-Korrespondent zur «Weltwoche» zurück. Aus den USA berichtete er später für Zeitungen und Zeitschriften aus dem ganzen deutschsprachigen Raum, unter anderem als Wirtschaftskolumnist. 2008 kehrte er in die Schweiz zurück und übernahm im Zuge einer Neuausrichtung die Leitung des Hintergrundressorts des «Tages-Anzeigers». Heute ist Alain Zucker Redaktionsleiter des «Tages-Anzeigers».

Der Zürcher Journalistenpreis 2016

wird

Felix E. Müller

für sein

Gesamtwerk

verliehen.

Zürich, 25. Mai 2016

Die Jury:


Hannes Britschgi


Susan Boos


Hansi Voigt


Lisa Feldmann


Alain Zucker



Felix E. Müller

Aufgewachsen ist Felix E. Müller, Jahrgang 1951, in Winterthur. Nach der Matura am Gymnasium Rychenberg folgten Studienjahre in Zürich, zuerst an der ETH, dann an der Universität, wo er 1976 in den Fächern Germanistik, Musikwissenschaften und Mathematik mit dem Lizenziat abschloss. Zwei Jahre später promovierte er mit einer Dissertation über neuere Schweizer Literatur. Parallel dazu arbeitete der Werkstudent als Lehrer.

1978 begann seine journalistische Laufbahn: Als Redaktor beim Züri Leu in Zürich, wo er 1981 stellvertretender Chefredaktor wurde. 1982 wechselte er zur Weltwoche. Dort war er als Kulturredaktor, Leiter des Inlandressorts, USA-Korrespondent in Washington, stellvertretender Chefredaktor und ab 1996 als Chefredaktor a. i. tätig.

1997 kam dann der Ruf der Neuen Zürcher Zeitung, für die er zunächst als Autor, dann ab 2000 als Leiter des Ressorts Stadt und Kanton Zürich tätig war. 2001 begann er mit den Konzeptarbeiten für die NZZ am Sonntag, deren Chefredaktor er mit der Lancierung im März 2002 wurde und es bis heute ist. Seit 2015 übernahm er zusätzlich die Leitung des Bereichs Magazine der NZZ und wurde Mitglied der Geschäftsleitung der NZZ-Mediengruppe.

Felix E. Müller ist verheiratet mit Franziska Widmer. Er hat drei erwachsene Töchter und lebt in Zürich.

Laudatio für das Gesamtwerk
von *Felix E. Müller*

Werte Gäste, lieber Felix

Kurz vor der Geburt der «NZZ am Sonntag» verkündete der stolze Vater Felix E. Müller, man werde sich sicher nicht an der sonntäglichen Primeur-Bolzerei der Konkurrenz beteiligen. Ein Bluff, wie sich schnell herausstellen sollte. Im Schönheitswettbewerb der Scoops erkämpfte sich die «NZZ am Sonntag» überraschend oft die Krone. Zufall war das nicht. Müller hatte einen klaren Plan. Sein Vorbild war die angelsächsische Publizistik: Recherchen, harte News, klare Trennung von Fakten und Kommentar. Damit setzte er einen Kontrapunkt zur täglichen «NZZ», die generisch ihre Wurzeln im Feuilleton hat. Das Sonntagsblatt positionierte Müller als eigenständige Marke. Die siebte Ausgabe der Tageszeitung war für ihn keine Option. Er wusste: Am Sonntag liest es sich anders. Also musste im Hause «NZZ» ein journalistisch neuer Ansatz her – «eine seriöse und zugleich unterhaltsame Alternative». Müller holte neue Leute. Schon immer hatte er ein feines Händchen für journalistische Talente. Die neue Redaktion lotste er vom Mutterhaus weg an die Mühlebachstrasse und kappte die Beziehungen zur «NZZ» auf ein absolutes Minimum. Mit der selbstgewählten Isolation schaffte er den notwendigen Freiraum für seine Vision. Dank breitem Horizont und exzellentem Netzwerk ist der Chef ein unermüdlicher Ideengeber und ein Antreiber mit guter Nase für Geschichten: «Er hört das Gras wachsen», müssen auch Konkurrenten eingestehen.

Müller führt seine Leute diskret. Fehlen die Primeurs, schleicht er am Samstag mit tieftraurigen Augen durch die Redaktion.

Mehr Tadel ist nicht. Trotzdem urteilt ein langjähriger Weggefährte: «Er ist der kompletteste Chefredaktor, den ich kenne.» Müller ist ein leidenschaftlicher Blattmacher. In den 1990er Jahren war er bei der «Weltwoche»: Kulturredaktor, Inlandchef und schliesslich USA-Korrespondent. 1994 feierten die jüngeren Redaktoren das Frühlingserwachen bei der «Weltwoche» ohne ihn. Kollege Müller war ihnen zu bürgerlich verbandelt. Bald hatte der Verleger genug vom Frühling, warf die Reformer raus und setzte Müller als Chefredaktor ad interim ein. Aber weil es dann beim ad interim blieb, wechselte er 1997 zur «NZZ».

Vor seinem Start an der Falkenstrasse gönnte sich Felix E. Müller mit seiner Frau eine Kulturreise nach Luxor. Mit viel Glück überlebten die beiden die blutige Terrorattacke in den Tempelanlagen im Tal der Könige. Journalismus half ihm ins Leben zurück. Stunden nach dem Blutbad schrieb er seinen ersten Artikel für die «NZZ». Tags darauf, am 18. November 1997, erschien sein Augenzeugenbericht. So dramatisch sein Einstand, so schnell stieg Müller im neuen Verlagshaus auf. Im Sommer 2001 setzte er sich ans Projekt Sonntagszeitung. Mitte März 2002 lag die erste Ausgabe am Kiosk. Nach dreieinhalb Jahren schrieb die «NZZ am Sonntag» schwarze Zahlen. Eine Erfolgsgeschichte. Heute ist die Redaktion im Mutterhaus einquartiert und Müller selbst bringt jetzt sogar so viel Empathie fürs Stammblatt auf, dass er sich engagiert ins Getümmel wirft, wenn diesem Unheil droht. Als 2014 bei der «NZZ» die Personalie «Neuer Chefredaktor» aus dem Ruder lief, hämmerte er mit dem ganzen Gewicht des anerkannten Leitartiklers das Diktum in die Tasten: «Einen «Liberalismus blocherscher Prägung» gibt es nicht». Punkt. Lieber Felix, auch mit 65 lebst du Journalismus, Tag für Tag, und so hängst du, auf Drängen der «NZZ», noch zwei Jährchen an. Ist das vielleicht eine letzte Chance als überzeugter «Papiermensch», der du bist, doch noch einen Fuss in die Tür zur digitalen Welt zu kriegen? Nicht immer hast du in der Vergangenheit die Anerkennung gefunden, die du verdient hättest. *Tempi passati*. Heute ehren wir dich mit dem Zürcher Journalistenpreis für dein publizistisches Gesamtwerk.

Herzliche Gratulation!

Hannes Britschgi

Wird die Welt zu einer grossen Schweiz?

Die Weltwoche, 19. Oktober 1989

Die Krise des Sozialismus löste in den USA eine eigenartige philosophische Debatte aus.

Von Felix E. Müller

Wir leben, wer würde dies noch bestreiten, in ausserordentlichen Zeiten: Vorbei der Kalte Krieg, der Ostblock räumt den Eisernen Vorhang ab, Raketen werden verschrottet und Panzerdivisionen eingemottet. Und auch ausserhalb Europas entdeckt die Menschheit plötzlich den Frieden. Am Anfang dieser Entwicklung stand – und auch das dürfte unbestritten sein – die Bankrotterklärung des Kommunismus durch Glasnost und Perestroika, was auf das Eingeständnis hinauslief, dass der Liberalismus dem Marxismus überlegen ist.

Der Triumph westlicher Ideen zeigt sich heute nicht nur im völligen Fehlen alternativer

ideologischer Konzepte; er zeigt sich ebenfalls in einer wachsenden Präferenz für demokratische Regierungsformen – ein Trend, der in den frühen siebziger Jahren in Südeuropa begann und seither globalen Massstab angenommen hat. Und er äussert sich schliesslich im weltweiten Sex-Appeal der westlichen Konsumgesellschaft, den weder grüne noch islamische Fundamentalisten zu neutralisieren vermochten, ganz zu schweigen von den Machthabern in den sozialistischen Bruderstaaten.

Wir erleben heute, wie immer wieder betont wird, das Ende des Kalten Krieges und damit das Ende einer historischen Epoche; die Gefühle der Ausserordentlichkeit scheinen da durchaus angepasst. Doch für Francis Fukuyama, stellvertretender Direktor der Planungsabteilung im State Department zu Washington, greift diese Erklärung viel zu kurz. Für ihn geht, wie er in einem Essay darlegte, nicht einfach eine Epoche, sondern

die Geschichte selbst zu Ende, weil wir «den Endpunkt der ideologischen Entwicklung der Menschheit» erreicht hätten. Die uralte Frage nach der besten Regierungsform lasse sich heute endgültig beantworten: Es ist die westliche, liberale Demokratie.

Um Himmels willen! Sieht denn Fukuyama nicht fern, liest er nicht die Tageszeitungen? Da scheint sich doch täglich – von Peking über Panama nach Budapest – Geschichte zu ereignen, ja, nicht einmal in Bern scheint dies völlig ausgeschlossen zu sein. Wie vermag jemand, der in der diplomatischen Weltzentrale arbeitet, eine derartige These zu vertreten? Fukuyama überwindet diesen naheliegenden Einwand durch die Einführung von G.W.F. Hegel in die gehobeneren Washingtoner Gesellschaft, wo dieser bis zum Sommer 1989 keinerlei Zugang genoss. Der deutsche Philosoph kam zu Fuss am Potomac an, nicht auf dem Kopf, und so vermag Fukuyama zu behaupten, die Geschichte, ein dialektischer Prozess mit einem Anfang und einem Ende, spiele sich in der Sphäre des Geistes ab. Nicht der materielle Zustand zähle, sondern der geistige, weshalb Hegel völlig zu Recht bereits 1806, nach dem Sieg Napoleons über Preussen vor Jena, das «Ende der Geschichte» proklamiert habe; für ihn war der Erfolg des Korsen gleichbedeutend mit dem unmittelbar bevorstehenden weltweiten Durchbruch der revolutionären Ideale von 1789.

Natürlich dauerte dieser Prozess dann wesentlich länger. Doch die Prinzipien liberaler Demokratien standen, so argumentiert Fukuyama mit Hegel, seit diesem Zeitpunkt fest und liessen sich nicht mehr weiter verbessern. Was wir seit 1806 unter Geschichte verstanden, war nur die langsame Umsetzung dieser Prinzipien in die Realität, und heute scheint sich – nach den beiden schweren Rückschlägen in diesem Jahrhundert, nach Faschismus und Kommunismus – diese Entwicklung ihrem Abschluss zu nähern: Die Umriss eines «Universalstaates» zeichnen sich bereits deutlich ab – ein Staat, «der alle Widersprüche gelöst und alle menschlichen Bedürfnisse befriedigt hat. Hier gibt es keine Auseinandersetzung oder keinen Konflikt mehr über «grosse» Fragen und deshalb auch kein Bedürfnis für Generäle und Staatsmänner; was bleibt, ist primär öko-



Francis Fukuyama

ZOLTAN BALOGH / EPA / Keystone

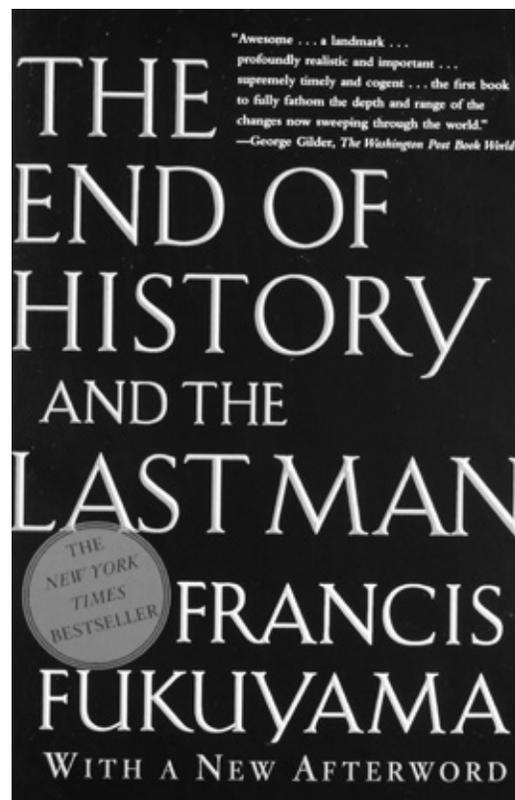
nomische Aktivität» «Der Universalstaat lasse sich», schreibt der Diplomat, am besten als eine «Kombination von liberaler Demokratie in der politischen Sphäre mit unbegrenztem Zugang zu Videorekordern und Stereoanlagen in der wirtschaftlichen» charakterisieren.

Man darf sich bestimmt fragen, ob wohl auch Hegel in der freien Verfügbarkeit von Videogeräten ein Indiz für den Endpunkt der Geschichte gesehen hätte. Aber Fukuyama vermag der Tatsache nicht auszuweichen, dass der Siegeszug des westlichen Konsumerismus vielleicht noch eindrücklicher ist als der Fortschritt der Demokratie. Im Lager der Wirtschaftsliberalen zirkuliert deshalb die Ansicht, wonach Mikrochips und Videokameras den Hauptbeitrag zum Durchbruch des Liberalismus geleistet hätten, indem sie den Nachrichtenfluss jeder zentralen Kontrolle entzogen.

Zeitweilig mochte man die Krise in China, die sich dank Videobändern und Computerbotschaften vor den Augen der Weltöffentlichkeit entfaltete, als Bestätigung dieser These sehen. Doch Fukuyama wehrt sich gegen einen solchen Determinismus à la «Wall Street Journal». Seiner Meinung nach beginnt in den Köpfen, was sich nachher in der Wirtschaft oder in der Politik niederschlägt. Ob allerdings die eine Entwicklung die andere bedingt? Wenn man an Staaten wie Singapur oder Südkorea denkt, so scheint es nicht unmöglich, den Göttern des Konsums zu huldigen, ohne auf politischer Ebene eine echte Demokratie einzuführen.

Es wäre allerdings nicht die grösste Spekulation, die dieser intellektuellen Etüde zugrunde liegt. Die grösste besteht natürlich darin, die kurze Regierungszeit von Michail Gorbatschow als empirische Basis für Aussagen über Zweck und Ende der Historie zu verwenden. In dieser Hinsicht sind die Kritiker besser bestückt, die, mit einigen hunderttausend Jahren Geschichte im Rücken, Fukuyamas Kronzeugen Hegel problemlos als weltfernen Idealisten hinzustellen vermögen.

Letztlich ist aber nicht der Inhalt das Bemerkenswerteste an diesem Essay – so bemerkenswert dieser auch ist –, sondern



das Echo, das dieser auslöste. Da mag eine Rolle gespielt haben, dass er das Ende von etwas verkündet, was, wie die Debatten um Nuklearwaffen, Waldsterben und Treibhauseffekt gezeigt haben, im Moment immer offene Ohren findet; schliesslich ist die Jahrtausendwende nur noch gut zehn Jahre entfernt. Im Gegensatz zu all diesen düsteren Prophezeiungen skizziert Fukuyama aber ein fröhliches Ende, keinen Untergang, sondern eine Art weltweiter hedonistischer Erschlaffung.

Doch die intensive Debatte um das «Ende der Geschichte» wurde nicht durch diese Vision einer klassenlosen Konsumgesellschaft ausgelöst. Vielmehr zielt der Essay auf eine zentrale Frage der Gegenwart: Wie halten wir es denn mit Hegel? Glauben wir an die «Evolution des menschlichen Bewusstseins», die nach Meinung des Autors einen Rückfall der Sowjetunion in stalinistische Zeiten ausschliesse – die, möchte man ergänzen, den Faschismus zu einer einmaligen Entgleisung machen würde, auf die wir heute, dialektisch höhergestiegen, gelassen herabblicken können?

Irving Kristol, Ziehvater der amerikanischen Neokonservativen, meinte, Fukuyamas Thesen würden sich deshalb nicht einfach

widerlegen lassen, weil «wir heute ja alle Neo-Hegelianer sind». Diese Aussage trifft ohne Zweifel für das Initiativkomitee zu, das die Abschaffung der Schweizer Armee betreibt, oder für die Kommentatoren, die dem Konzept eines wiedervereinigten, neutralisierten Deutschland applaudieren. Für den Durchschnittszeitgenossen wird wohl gelten, dass er schon lange nicht mehr so viel Anlass sah, Hegel vielleicht doch Glauben zu schenken.

An Amerikas Konservativen ist diese Versuchung ebenfalls nicht spurlos vorbeigegangen, und es kann kein Zufall sein, dass Fukuyama selbst aus diesem Lager stammt. Während vierzig Jahren gab die Idee des Containment der Aussenpolitik der USA Richtung und Halt, und gleichzeitig diente der Antikommunismus der Rechten als innenpolitische Klammer, die es erlaubte, die unterschiedlichsten Postulate unter einen Hut zu bringen. Jetzt hat Gorbatschow den Kommunismus aus dem Schaufenster geräumt, und plötzlich erleben auch die Konservativen eine Absatzkrise, weil niemand mehr den Antikommunismus kauft.

Wie will man, so beginnt man sich in diesen Kreisen zu fragen, in Zukunft die Truppen beieinanderhalten, wenn das Stichwort Moskau nur noch touristische Assoziationen weckt? Fukuyama schliesst denn auch in Moll: «Das Ende der Geschichte wird eine traurige Zeit sein. Der weltweite ideologische Kampf, der Kühnheit, Mut, Phantasie und Idealismus hervorbrachte, wird jetzt ersetzt durch ökonomische Kalkulation, durch die endlose Behandlung technischer Probleme und ökologischer Ängste sowie durch die Befriedigung ausgefallener Konsumwünsche.»

Haben wir wirklich ein halbes Jahrhundert lang für eine solche Welt gekämpft, fragt Fukuyama in dieser bittersüssen Stunde des Triumphes. Verfechten denn die Konservativen keine anderen, grösseren Ziele, oder mündet der Liberalismus, wenn er freie Bahn hat, unvermeidlich in eine Art globaler Schweiz? Es genügt, wie man in der Hauptstadt des Westens einzusehen beginnt, offensichtlich nicht, einfach nur den Kalten Krieg zu gewinnen. Man sollte mit diesem Sieg auch etwas anzufangen wissen.

Schreie, Gewehrsalven, Kommandorufe

Neue Zürcher Zeitung, 18. November 1997

Augenzeugenbericht vom Terrorüberfall in Luxor

Von Felix E. Müller

Der Autor des folgenden Berichts hat den blutigen Terrorüberfall ägyptischer Extremisten vom Montag morgen in Luxor, bei dem über 60 Personen getötet wurden, aus nächster Nähe miterlebt. Er befand sich unter anderen Touristen im Tempel der Königin Hatschepsut, als in dem berühmten Bauwerk plötzlich wild geschossen wurde.

Blutrot stieg die Sonne im Osten über der Wüste bei Luxor auf. Unsere kleine Gruppe war früh aufgestanden und befand sich auf dem Weg nach Westtheben, wo die ägyptischen Pharaonen ihre monumentalen Grabmäler errichtet hatten. Der Osten, wo die Sonne aufgeht, habe in der ägyptischen Mythologie das Leben verkörpert, erklärt der Führer, der Westen dagegen den Tod. Auf dann, nach Westen, ins berühmte Tal der Könige: Drei Gräber besuchen wir, tief in das Berginnere gehauene Gänge und Grabkammern, mit deren Bau an dem Tag begonnen wurde, an welchem der Pharaon, der dereinst

mumifiziert darin ruhen sollte, den Thron bestieg. Diese Obsession mit dem Nachleben! Diese in Stein gehauene Hoffnung, den Göttern nach den Schandtaten des Lebens doch noch den Eintritt ins ewige Reich abkaufen zu können!

Im Tempel der Königin Hatschepsut

Schon brennt die Sonne am Himmel, obwohl es kaum neun Uhr ist. Der Führer drängt, will er uns doch noch den berühmten Tempel der Hatschepsut zeigen. Kurz nach neun Uhr biegt der Bus in das kleine Seitental ein, wo der Tempel – in einem Amphitheaterartigen Halbrund gelegen – in seiner Monumentalität jeden Besucher überwältigt. Wir steigen langsam die Rampe zum Tempelzugang hoch. Die einzigen Besucher sind wir nicht, deutsche, japanische, italienische Reisegruppen kreuzen unseren Weg. Vor einem grossflächigen Wandrelief machen wir halt, wo uns der Führer die abgebildeten Szenen aus dem Leben der Königin Hatschepsut erklärt.

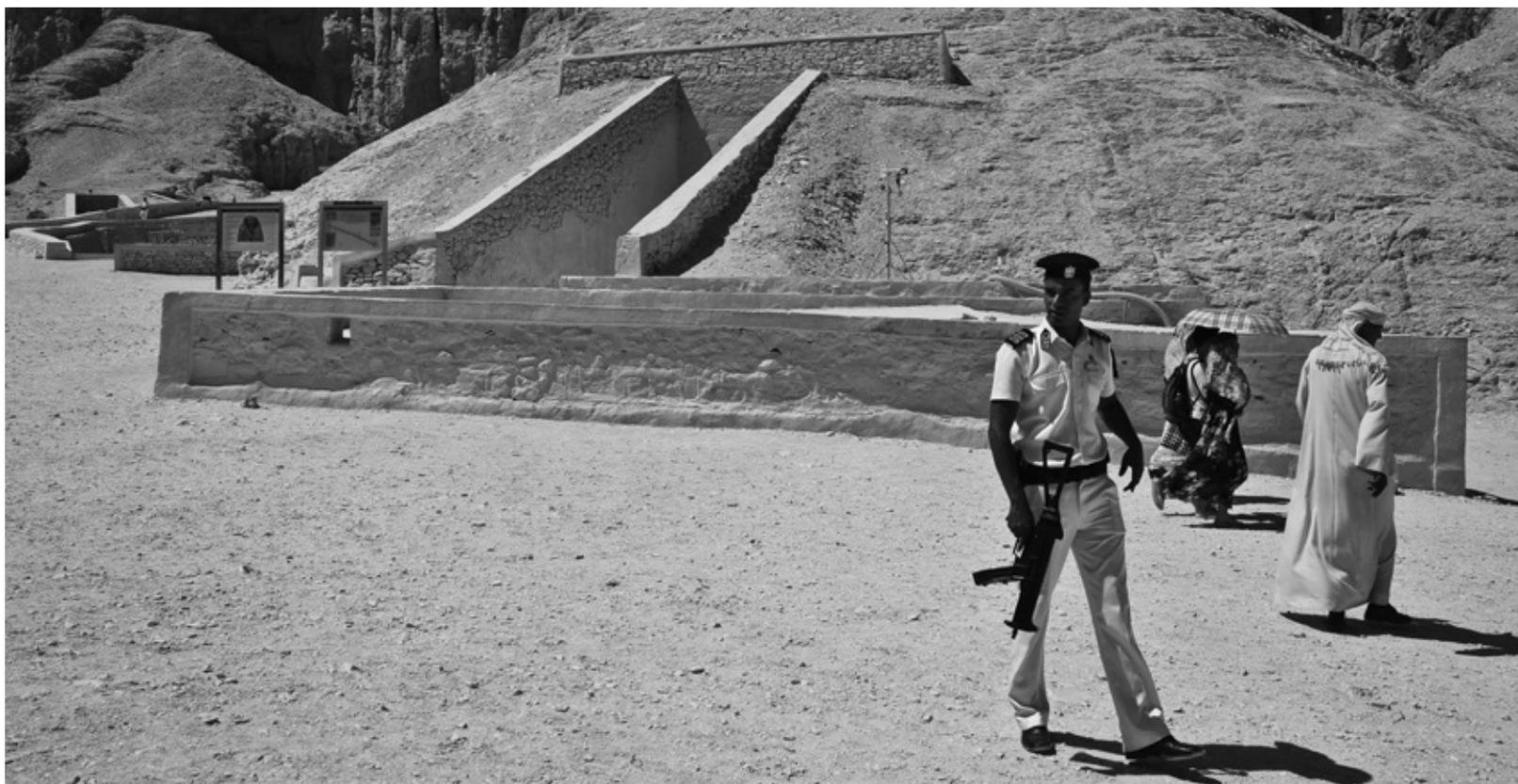
Gerne hätte man noch etwas länger verweilt, doch die Zeit drängt. Nur rasch noch wollen wir einen Blick in einen kleinen Nebenraum werfen, der der Göttin der Schönheit, der Fruchtbarkeit, des

Glücks geweiht war. Wie kindlich sie gewesen sein müssen, diese alten Ägypter.

Schüsse, die nicht aufhören

Da, plötzlich, ein trockenes Knattern vom 500 Meter entfernten Eingang. Schiesst da jemand auf Vögel, auf streunende Hunde? Dann sieht man Menschen in langen Gewändern vom Eingangportal quer durch die Wüste wegrennen. Und das trockene «Pop-pop» will einfach nicht aufhören. Und immer noch weigert sich der Kopf, sich einzugestehen, was der Bauch einem längst sagt: Hier nimmt ein Tempelbesuch in Oberägypten die schlimmstmögliche Wendung. Islamistische Extremisten haben einen Terrorüberfall auf ausländische Touristen begonnen.

Schreie, Kreischen, Salven aus automatischen Waffen. Wir verstecken uns zuhinterst hinter den Säulen der kleinen Seitenkapelle. Und die Schüsse kommen rasch näher. Zu viert überklettern wir die Aussenmauer, die hier vielleicht mannshoch ist, und verstecken uns in einer Ruinennische. Jetzt wird in unmittelbarer Nähe geschossen. Hysterische Schreie, flehende Rufe, arabische Kommandorufe hallen als vielfaches Echo von den Felswänden des steinernen Halbrunds zurück – eine Falle, aus der es keine Flucht-



NARIMAN EL-MOFTY / Keystone

Wahlkampf

möglichkeiten mehr gibt. Wird das Schicksal plötzlich als Gewehrlauf durch eine Scharte ins Gemäuer blicken und auch hier seinen sinnlosen Lauf nehmen?

Warten auf Sicherheitskräfte

Die Schiesserei dauert und dauert, mal näher, mal ferner, und immer noch ist der erlösende Klang einer Polizeisirene nirgends zu hören. Nur die Schreie, das Brüllen – sie halten unvermindert an. Das Inferno dauert eine gute halbe Stunde. Dann ruft unser ägyptischer Führer halblaut: «Kuoni!» Zögernd klettern wir vier über die Ruinen, verlassen den Annexbau der Göttin der Schönheit und des Glücks und stolpern beinahe über einen Berg von Leichen – eine Gruppe deutscher Touristen, die sich in Todesangst aufeinander gestürzt haben und systematisch niedergemäht wurden, keine 20 Meter von uns entfernt. Sofort erkenne ich das orange T-Shirt der hübschen Zwanzigjährigen wieder, das sich langsam blutrot verfärbt. Die ersten Helfer stürzen herbei; einer der Verletzten bittet flehentlich um Hilfe, irgendwo in der sinnlosen Anhäufung von Körpern bewegt sich ein Arm.

Wir nehmen eine der Verletzten in unsere Mitte und schleppen sie dem Ausgang zu. Überall liegen Tote, hier ein ägyptischer Wachmann und dort eine japanische Touristin, merkwürdig verdreht, hingestreckt auf einer Sitzbank, das blütenweisse Gewand stellenweise purpurrot.

Bohrende Frage

Am Ausgang Geschrei, Chaos, eine erste Ambulanz. Nur weit und breit weder Polizei noch Militär. Wie durch ein Wunder steht unser Bus mitsamt Chauffeur noch da. Auf dem Boden und auf den Bänken liegen Verletzte, überall Blut. Auch wir legen uns auf den Boden und fahren los – vom Westen zurück auf die Ostseite des Nils, dort, wo die Sonne aufgeht. Wache ich, oder träume ich?

Und dann kommt einem Thornton Wilders Erzählung «Die Brücke von San Luis Rey» in den Sinn, der Bericht über einen Brückeneinsturz, der zu erklären sucht, weshalb sich die fünf Opfer ausgerechnet in dieser Sekunde der Katastrophe auf der Brücke befunden haben. Wir waren nicht auf der Brücke. Doch auch hier bleibt die Frage: Warum?

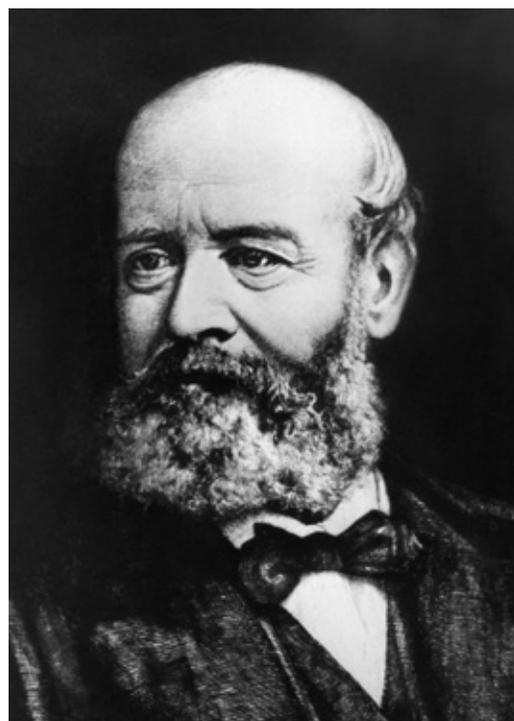
NZZ am Sonntag, 14. Dezember 2014

Einen «Freisinn blocherscher Prägung» gibt es nicht

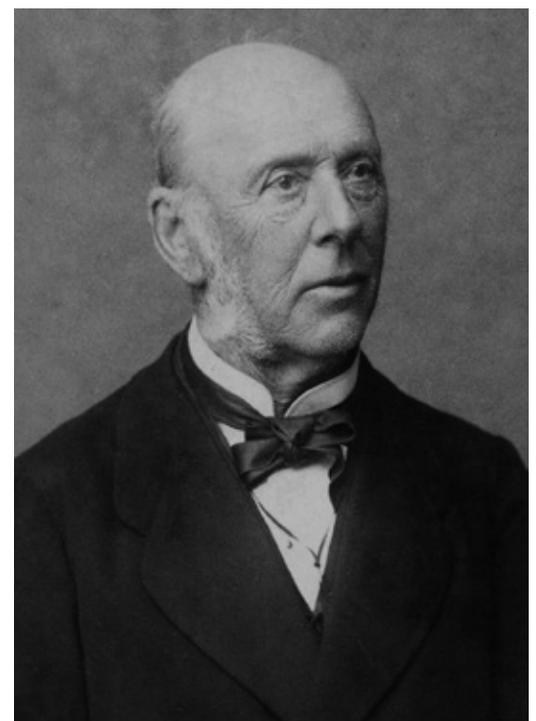
Von Felix E. Müller

Zum Auftakt des Wahljahrs 2015 hat die «Weltwoche», neben der «Basler Zeitung» die Stimme Blochers in der Schweizer Publizistik, in einem Leitartikel zum Schulterschluss zwischen FDP und SVP aufgerufen. Es geht jetzt darum, «die neurotischen Grabenkämpfe zu entschärfen, SVP und FDP auf einigermaßen gemeinsame Linie gegen die Linken zu bringen». Diese Linie definiert das Blatt als einen «Freisinn blocherscher Prägung». Es ist ein erstaunlicher Aufruf, stellt doch der Kampf gegen die FDP seit Jahren ein Kernelement blocherscher Politik dar. Lanciert wurde dieser offiziell am 15. März 2001 im «Tages-Anzeiger». Blocher nahm die Krise der Swissair zum Anlass für eine Generalabrechnung mit dem «freisinnigen Filz», der am Niedergang der nationalen Airline schuld sei. Seine Ausführungen kulminierten im Satz: «Der Freisinn ist krank.» Welle um Welle von Attacken folgten seither, gegen die Partei und deren Exponenten wie Kaspar Villiger, Karin Keller-Sutter oder Johann Schneider-Ammann. Und nun also soll plötzlich ein Schulterschluss angesagt sein.

Die vermeintliche Basis dafür, der «Freisinn blocherscher Prägung», ist allerdings ein Widerspruch in sich. Denn die heutige SVP beruht auf einem völlig anderen weltanschaulichen Fundament als die liberale FDP. Zu den Gründervätern des modernen Schweizer Freisinns gehört etwa Alfred Escher, ein fortschrittsfreundlicher, elitärer, global denkender Politiker und Wirtschaftspionier, der den modernen Bundesstaat stark geprägt hat. Die heutige national-konservative SVP dagegen versteht sich als Opposition zu diesem Staat und zur politisch-gesellschaftlichen Elite des Landes. Sie ist modernisierungsfeindlich, isolationistisch, gesellschaftspolitisch konservativ. Dass Christoph Blocher Anfang Jahr ausgerechnet den grossen Gegenspieler von Alfred Escher, den Luzerner Patrizier Anton von Segesser, in einer Rede rühmte («ein ausserordentlicher Mann»), spricht Bände. Dieser lebte als Gutsherr auf dem Land, bekämpfte den modernen Bundesstaat und versuchte, den Bau der Gotthardbahn – Eschers Prestigeprojekt – zu verhindern. Die politische Agenda der beiden Parteien nährt sich heute folglich aus einem jeweils ganz anderen Wertesystem. Wenn wahltaktisch diese Unterschiede nun verwedelt werden, handelt es sich bloss um eine Fortsetzung der Attacke von 2001 mit anderen Mitteln. Wie sagte doch Hamlet: «Ist dies schon Tollheit, hat es doch Methode.»



Alfred Escher



Anton von Segesser

NZZ

Der Zürcher Journalistenpreis 2016

wird

Paula Scheidt

für ihren Artikel

Schweizer Familie

erschienen im Das Magazin vom 10. Oktober 2015

verliehen.

Zürich, 25. Mai 2016

Die Jury:



Susan Boos



Hansi Voigt



Hannes Britschgi



Lisa Felamann



Alain Zucker

Preisträgerin Laudatio



Paula Scheidt

Seit 2014 Reporterin bei Das Magazin, vorher Redaktorin bei der Neuen Zürcher Zeitung und freie Journalistin für verschiedene Publikationen in Deutschland und der Schweiz. Aufgewachsen in Freiburg im Breisgau, hat sie an der Universität Zürich Politik, VWL und Psychologie studiert und die Berliner Journalisten-Schule absolviert. Ihre Texte wurden mehrfach ausgezeichnet, unter anderem mit dem Deutschen Reporterpreis. Sie lebt in Zürich.

Laudatio für den Artikel
Schweizer Familie
von Paula Scheidt
erschieden im
Das Magazin, 41/2015

Fingerkuppen ... Ja, am Schluss waren es Ezmaris Fingerkuppen, die über sein Schicksal entschieden. Er schloss die Augen, streckte die Arme seitlich aus und bewegte seine Zeigefinger aufeinander zu. Weil sie sich trafen, entschied er, in die Schweiz zu gehen. Andernfalls wäre er in Norwegen gelandet. So beginnt die Reportage von Paula Scheidt über den Flüchtling Ezmari Nabizadeh, 21, aus Qarabagh, Afghanistan, heute wohnhaft in Nussbaumen bei Baden im Einfamilienhaus des Schweizer Ehepaars Stucki-Dingwall. Sie haben ihn bei sich aufgenommen, nachdem ihr eigener Sohn ausgezogen war. 2015 war das Jahr, in dem die Bürgerkriege des Mittleren Ostens unsere Haustür erreichten. Wir lasen von Tragödien wie jener des ertrunkenen syrischen Jungen Aylan, der am Strand angeschwemmt wurde, sahen die Bilder von einer Million Flüchtlinge, die von den osteuropäischen Staaten und Griechenland in Richtung Deutschland durchgewinkt wurden, verfolgten genervt das Gefeielsche in der EU um eine Lösung. Etwas ging dabei unter: Was passiert mit den Flüchtlingen, wenn sie mal angekommen, registriert, aufgenommen sind? Hier hinein zoomt die Reportage über Ezmari im «Magazin». Wir erleben seine Abenteuer im Schweizer Alltag, wie sie sich konkret anfühlen, für ihn selber, aber auch die andern in seinem neuen Leben. Oft laufen solche Reportagen Gefahr, Partei zu ergreifen, zum Sozialkitsch zu werden. Elegant umkurvt Paula Scheidt diese Falle, nüchtern beschreibt sie Ezmaris Überanpassung in der Lehre, die Konflikte in der Schule mit den Schweizern, seine Probleme mit dem

alltäglichen Papierkrieg. Sie verschweigt auch nicht, wie er die Behörden angelogen hat. Er ist kein Flüchtling, der persönlich verfolgt wird, sondern er ist wie so viele andere vor den Taliban und anderen gewalttätigen Milizen geflüchtet, von der Mutter auf eine 7-jährige Odyssee fortgeschickt, damit er sich ein besseres Leben sucht. Die Kraft dieser Geschichte – und ihre Wirkung auf die Leser – liegt in ihrem zurückhaltenden aber genauen Erzählstil. Wir schauen Ezmaris stetiger Verschweigerung zu, amüsieren uns über das Zusammenleben mit seiner ökologisch angehauchten und vegetarischen Hausmutter und staunen über das Engagement seines Schweizer Kollegen Kevin. Was sich durch die ganze Reportage zieht, ist der Respekt vor der Courage all der Leute, die in einem aufgeheizten Klima Ezmari immer wieder helfen: von Kevin über den Lehrmeister bis zur Gastfamilie. Eine Geschichte also, die ein Happy End verdient, doch gesichert ist das Happy End nur in dieser Laudatio – für diese Reportage erhält Paula Scheidt den Zürcher Journalistenpreis. Im Leben des nur vorläufig aufgenommenen Ezmari Nabizadeh ist die Zukunft noch offen.

Alain Zucker

Schweizer Familie

Als ihr Sohn auszog, nahm die Familie Stucki Ezmari auf, einen Flüchtling aus Afghanistan. Eine Integrationsgeschichte.

Von Paula Scheidt

Gegen Ende der Reise wies ein Spiel aus seiner Kindheit ihm den Weg. Seine Mutter hatte gesagt: Wenn du dich nicht entscheiden kannst, dann lass deine Finger für dich entscheiden. Schliesse die Augen, und strecke die Arme seitlich aus. Bewege nun deine Zeigefinger ganz langsam aufeinander zu. Entweder deine Fingerkuppen verfehlen einander, oder sie treffen sich. Genauso hat Ezmari es in dem Restaurant in Wien gemacht, in dem er die Speisekarte nicht lesen konnte und wahllos ein Gericht bestellte. Und jetzt: Würden seine Zeigefinger sich verfehlen, würde er nach Norwegen gehen. Würden sie sich treffen, hiesse sein Ziel Switzerland. Seine Fingerkuppen trafen exakt aufeinander.

Der Hausschuh-Vertrag

Am Sonntagabend gibt es Salat und Risotto, gegart im Dampfkochtopf, weil Silvia auf ihren ökologischen Fussabdruck achtet, was sie sich auch von Ezmari wünscht. Silvia und Samuel sind so etwas wie seine neuen Eltern. Ezmari Nabizadeh ist ein afghanischer Flüchtling und lebt seit einem halben Jahr bei ihnen in dem Einfamilienhaus in Nussbaumen bei Baden. Seit ihr Sohn Claude ausgezogen ist, um in Zürich Musik zu studieren, wohnt Ezmari in dem ruhigen Zimmer im Parterre mit Blick auf die Limmat. Beide sind fast gleich alt, Claude ist 24, Ezmari 21 – jedenfalls steht das in seinem Ausweis. Claude suchte die Freiheit und Ezmari ein Zuhause. Ezmaris T-Shirt vom Jazzfestival in Montreux ist ein Geschenk von Claude. «Ezmari, iss mal, anstatt so viel zu reden», sagt Silvia. In einer halben Stunde beginnt das Konzert, eine moderne Komposition für drei Traversflöten, die Silvia und Samuel sich anhören wollen. Sie müssen den Bus erwischen, und sein Teller ist noch immer randvoll.

Ezmari ist laut Sozialdienst einer von zwölf Geflüchteten im Kanton Aargau, die bei einer Schweizer Familie wohnen, in vielen anderen Kantonen ist das gesetzlich nicht möglich. Als im vergangenen Jahr kurzzeitig die Einreise für syrische Flüchtlinge erleichtert wurde,

haben Silvia und Samuel sich gesagt: Wir haben genug Platz, wenn es in den Asylheimen eng wird, nehmen wir jemanden auf. Ezmari zog vor sieben Monaten ein, vermittelt von Netzwerk Asyl Aargau, einem Verein, der sich für die Integration von Flüchtlingen einsetzt. Zu Beginn haben die drei einen Vertrag unterschrieben: Im Haus bitte nur Hausschuhe tragen, steht darin und: Ezmari kann selbstverständlich in seinem Zimmer Gäste empfangen. Das Zusammenleben klappt ganz gut. Ezmari räumt den Geschirrspüler aus, wenn er abends heimkommt, und mäht am Wochenende den Rasen. Silvia sieht darüber hinweg, dass er im Kühlschrank Pouletschinken aufbewahrt, obwohl sie Vegetarierin ist, und einen Toilettenstein mit Plastikgehäuse in die WC-Schüssel hängt, den sie unnötig findet. Von der Miete, die die Gemeinde für Ezmari bezahlt, spenden Silvia und Samuel zwei Drittel an Netzwerk Asyl. «Wenn es ein Missverständnis gibt, reden wir drüber, gell, Ezmari?», sagt Silvia. Für Ezmari ist es dann schon zu spät. Er will Probleme verhindern, bevor sie entstehen.

Ankommen

Ohne diese Strategie würde er vielleicht noch immer mit arbeitslosen Afghanen und Eritreern in einer Baracke am Rand von Brugg leben anstatt in diesem schönen Haus mit Garten bei dem pensionierten Chemiker Samuel Stucki und der Linguistin und Atemtherapeutin Silvia Dingwall. Drei Jahre ist es jetzt her, dass er im Zug auf der Bahnstrecke von Wien nach Zürich sanft von einem Polizisten wachgerüttelt wurde – er war auf Schweizer Boden, er hatte sein Ziel erreicht. Aber hier anzukommen dauert länger. Und man schafft es nicht allein.

«Ihr könnt die Teller stehen lassen», sagt Ezmari, als Silvia und Samuel vom Tisch aufstehen. Als die Haustür hinter ihnen ins Schloss fällt, holt er einen Granatapfel aus dem Kühlschrank, viertelt ihn und klopft mit einem Löffel auf die Schale, damit die Kerne herausfallen. Mit Samuel hat er einmal im Internet sein Heimatdorf gesucht. Nicht einfach war das, es gibt verschiedene Schreibweisen, die meisten Webseiten sind auf Farsi, erst nach einer Stunde fanden sie heraus, wie der Ort überhaupt auf Englisch heisst: Qarabagh. Er liegt im Osten Afghanistans, zwischen Kabul und Kandahar in der

Provinz Ghazni, die von den Taliban kontrolliert wird. Inzwischen berichten die Medien über in der Region eingewanderte Kämpfer des Islamischen Staates.

Das obere Stockwerk liegt noch im Dunkeln, als der Wecker klingelt. Es ist Montagmorgen, 4:45 Uhr. Ezmari duscht sich, zieht die leimverschmierte Hose an, isst ein Müesli mit Früchten, packt die Schutzbrille ein und schleicht sich aus dem Haus.

Dicke Bretter

Die Hess & Co AG in Döttingen ist die letzte Sperrholzfabrik der Schweiz, neunzig Mitarbeiter, acht Produktionshallen. Hier werden Kerne für Ski und Snowboards, Latten für Bettenroste, Stuhlschalen und Tischplatten hergestellt. Qualitätsarbeit seit drei Generationen. Als Ezmari um kurz nach sieben an der Holzpresse eintrifft, begegnet er dem Betriebsleiter, Herrn Pink. Dieser macht sich wieder einmal Sorgen wegen der Auftragslage. In letzter Zeit hat die Hess AG mit dem starken Franken zu kämpfen, zwei Drittel ihrer Produkte exportiert sie ins europäische Ausland. Einmal hat Ezmari zu ihm gesagt: «Man muss viel verlieren, um zu gewinnen.» Das hat Herr Pink sich gemerkt.

Furnierholzplatten türmen sich bis unter die Hallendecke, Gabelstapler schiessen um die Ecken, es dröhnt und quietscht und riecht nach Sägemehl. Ezmari ist noch



Seit einem halben Jahr wohnt Ezmari bei seiner neuen Familie.

Fotos: www.verahartmann.com



nie Ski oder Snowboard gefahren, aber wie die Bretter von innen aussehen müssen, hat er im vergangenen Jahr gelernt: in der Mitte eine Schicht Koroyd, eine Art grüner Kunststoffwaben, aussen zwei Schichten Pappelholz, weil das besonders leicht ist, und das Ganze mit Leim verklebt. Ezmari ist im Stress, als Herr Pink vorbeikommt, der Leim darf nicht zu trocken werden, bevor er die Furnierplatten in die Presse schiebt.

Für Herrn Pink ist es nicht einfach, Lehrlinge zu finden. Die meisten, die eine Ausbildungsstelle suchen, wollen lieber an schnellen Autos herumschrauben oder in den modernen Büros einer Versicherung arbeiten. «In der Holzbranche hängen die Trauben nicht wirklich hoch», sagt er. «Wir wissen, dass uns hier keine Albert Einsteins zufliegen.» Wenn jemand spontan bei ihm klingelt, mit der Bewerbungsmappe in der Hand, so wie Ezmari es gemacht hat, kommt das Herr Pink gelegen. Ein N- oder F-Ausweis, wie Flüchtlinge ihn bekommen, ist kein Hindernis, die Migrationsbehörde hilft mit den nötigen Papieren weiter. Und bisher hat es sich als gute Entscheidung herausgestellt, Flüchtlinge einzustellen. Sie sind Herrn Pinks motivierteste Mitarbeiter. Ezmari darf als erster Lehr-

ling Gabelstapler fahren, und wenn Herr Pink ihn manchmal samstags in sein Büro bestellt, um mit ihm Matheaufgaben zu üben, kommt Ezmari immer pünktlich. Nur sein Deutsch kann noch besser werden. Einen Sprachkurs hätte er erst nach mehr als einem Jahr besuchen dürfen, aber da hatte er schon mit der Lehre angefangen.

Gegenwärtig nicht zumutbar

Ezmaris wahrer Deutschlehrer heisst Bushido. Tagelang hat er im Asylheim die Songs des Gangsta-Rappers gehört, die Texte aufgeschrieben und auswendig gelernt. Die Blätter hat er in einem Ordner abgeheftet, der nun in seinem neuen Zimmer steht. Dort bewahrt er auch andere Dokumente auf, zum Beispiel den eingeschriebenen Brief, in dem das Bundesamt für Migration ihm vor eineinhalb Jahren mitgeteilt hat: «Die Prüfung Ihrer Akten hat ergeben, dass Sie nicht als Flüchtling anerkannt werden können. Ihr Asylgesuch wird deshalb abgelehnt. Da die Rückkehr in Ihren Herkunftsstaat zum gegenwärtigen Zeitpunkt jedoch nicht zumutbar ist, werden Sie in der Schweiz vorläufig aufgenommen.» Er bekam, wie die meisten Afghanen, Aufenthaltsbewilligung F.

Heute hört Ezmari einen Podcast, während er die Holzplatten verleimt. Wenn an der Berufsschule Lenzburg ein Elternabend stattfindet, fährt Herr Pink für Ezmari hin. An dem Tag, als Ezmari bei Samuel und Silvia einzogen ist, hat Herr Pink ihm eine Flasche Prosecco zugesteckt. Wenn ich sehe, dass jemand will, und ich kann ihm mit relativ wenig Einsatz helfen, dann ist das ein Stück Himmelspforte, die ich mir da oben aufreisse, sagt sich Herr Pink. Herr Pink hilft, und Ezmari lässt sich helfen.

Auf seinem Smartphone hat Ezmari ein Foto gespeichert, das ihm seine Mutter kürzlich geschickt hat. Eine Hochzeitsgesellschaft, 53 Personen, Männer in Anzügen mit prächtigen Schnauzern, Frauen in bodenlangen Paillettenkleidern, kleine Mädchen in rosa Tüllröckchen und Lackschuhen. In der Mitte steht eine junge Frau im Brautkleid, mit einem Porzellanteint und einer aufwendigen Hochsteckfrisur. Sie hätte eigentlich Ezmaris Frau werden sollen. Aber nachdem er, ohne Tschüss zu sagen, mit 9000 Dollar in der Hosentasche zu Fuss über die Grenze in den Iran gegangen war, wurde sie einem anderen versprochen. Ezmaris Mutter hatte ein Stück Land verkauft, um ihm die Flucht zu

ermöglichen. Zuvor war der Vater auf dem Heimweg im Auto erschossen worden und der ältere Bruder, der für das US-Militär gearbeitet habe, von Terroristen entführt, wie Ezmari sagt. Taliban, Haqqani-Rebellen aus Pakistan, IS- Kämpfer? Ezmari weiss es nicht. Er war nicht zu Hause in der Nacht, als die Männer kamen, verummmt, mit Kalaschnikows. Sie fesselten seine Mutter und seine Schwestern und nahmen den Bruder mit, von dem bis heute jedes Lebenszeichen fehlt.

Lieber ein paar schöne Bilder

Um neun Uhr ist Pause in der Fabrik, und Ezmari, der leichte Kopfschmerzen hat, holt eine Packung Kekse aus seinem Rucksack. «Woher hast du die?», fragt sein Arbeitskollege, der aus dem Kosovo stammt. «Hab ich meiner Mutter geklaut», sagt Ezmari zum Spass. Dabei hat er seit zwei Monaten nicht mehr mit ihr sprechen können, zu schlecht ist die Internetverbindung. Beim letzten Gespräch hat sie ihm erzählt, bei

einer Bombenexplosion seien alle Fenster im Haus zersplittert. Der Kollege lädt ihn auf einen Kaffee aus dem Automaten ein. Ezmari verdient 680 Franken im Monat, minus die zehn Prozent, die das Migrationsamt abzieht. Er hat ausgerechnet: Würde er jeden Mittag einen Döner Kebab kaufen, wäre die Hälfte seines Monatslohns aufgebraucht. Deshalb bringt er das Essen in einer Tupperware-Box mit.

Vielleicht kommen die Kopfschmerzen daher, dass er gestern Abend wieder einmal zu lange in sein Smartphone geguckt hat. Das Foto des ertrunkenen Dreijährigen, das um die Welt ging, Ezmari hat es auf Facebook gepostet. Irgendwann klopfte Silvia an seine Zimmertür, um ihm eine gute Nacht zu wünschen. «Ezmari, schau dir nicht zu viele schreckliche Bilder an», sagte sie, «lieber ein paar schöne Bilder, so kurz vor dem Schlafengehen.» Das Thema Flüchtlinge ist überall, es beherrscht die Gratiszeitungen, die Radionachrichten, die Infofenster in den Bussen, die Facebook-Timelines.

Flüchtlingsstrom – ein seltsames Wort, es klingt, als würde da eine leblose Masse heranschwappen. Und doch ist es Ezmaris Leben, von dem die vielen Push-Meldungen und Sondersendungen handeln. Auch er ist mit einem Schlauchboot über den Fluss Evros gepaddelt, während die Grenzpolizisten in ihren Schnellbooten vorbeizischen – beinahe wäre er gekentert, weil sein Mitfahrer mit der Zigarette ein Loch ins Gummi brannte, sagt er. Er hat Baumrinde gegessen, in einer griechischen Gefängniszelle gegessen und gehofft, dass Angst und Entbehrung sich auszahlen werden und es im friedlichen, reichen Europa einen Platz für ihn gibt.

Ezmari ist der erste Schüler, der am Donnerstagmorgen das Klassenzimmer der 2aAHO betritt. Nur Herr Zimmermann, der Lehrer für Allgemeinbildung, ist bereits da. Die Berufsschule Lenzburg ist ein moderner Bau mit 2500 Schülern, gut gelaunten Lehrern und einem frisch zubereiteten Mittagmenü für 9.20 Franken. «Guten Morgen, Herr Zimmermann», sagt Ezmari, der ein frisch



Flüchtlinge sind seine motiviertesten Mitarbeiter: Betriebsleiter Wolfgang Pink mit Ezmari in der Sperrholzfabrik.

gebügeltes Hemd trägt, und setzt sich in die erste Reihe. Herr Zimmermann unterrichtet seit 41 Jahren. Als er angefangen hat, gab es keine ausländischen Schüler. Heute haben drei der neun Schüler in der 2aAHO einen Migrationshintergrund: Ezmari, ein Bulgare und ein Marokkaner. Als die Mitschüler eintreffen, junge Männer um die zwanzig, in bedruckten Kapuzenpullovern, steht Ezmari auf und begrüsst jeden per Handschlag, «Hi Dominik! Simon, wie geht es dir?»

Es ist auch eine Flucht nach vorn. Donnerstag ist nicht nur der Wochentag, an dem Ezmari den Eimer mit Leim gegen Papier und Kugelschreiber eintauscht. An dem Tag halten auch die Anti- Ausländer-Plakate, die in Bahnhöfen, an Laternen und Hauswänden hängen, Einzug in sein eigenes Leben.

«Die können sich nicht benehmen»

Herr Zimmermann möchte heute mit der Klasse über Flüchtlinge sprechen. «Was löst das Thema bei Ihnen aus?», fragt er und lässt seinen Blick von einem Schüler zum anderen schweifen. Ezmari schaut auf sein Pult. Hinter ihm macht einer den Anfang: «Die können sich nicht benehmen.»

«Das ist deine Meinung, die darfst du haben», sagt Herr Zimmermann. «Aber wie kommst du darauf?» Der Schüler berichtet von Fotos in einer Gratiszeitung, auf denen von Flüchtlingen verwüstete Züge zu sehen waren. Der bulgarische Schüler lacht verächtlich. Vor drei Jahren hat seine Mutter ihn in die Schweiz geholt, Familiennachzug. Er ist nicht geflüchtet wie Ezmari, sondern mit gültigen Papieren eingereist. Mit dem Kinn nickt er in Richtung seines Mitschülers. «Schweizer wie der da sagen immer, wir sollen uns integrieren, aber sie lassen uns gar nicht. Ich war mal auf einer Party, wo Frauen Zigis verkauft haben, und ich wollte das auch machen, und dann hiess es, das geht nicht, weil ich nur eine B-Bewilligung habe.» – «Zum Glück. Bei euch wissen wir ja nicht, was drin ist», murmelt ein anderer. Laut genug, dass alle es hören Bulgarien, Marokko und Afghanistan liegen auf drei verschiedenen Kontinenten, haben unterschiedliche Sprachen und Religionen, aber in der Klasse 2aAHO zählt an manchen Donnerstagen nur der Stempel «Ausländer». Ezmari mag das Wort nicht, er spürt, dass es oft abwertend gebraucht wird. In den Pausen redet er meistens

mit dem bulgarischen und dem marokkanischen Mitschüler, den anderen traut er nicht. Der Sportlehrer ist dazu übergegangen, die Handballteams selbst zu bestimmen. Wenn er wählen lässt, spielen immer Schweizer gegen Ausländer.

Ein langer Weg

Seine Schulkameraden kann man sich nicht aussuchen, seine Freunde schon. Ezmaris bester Schweizer Freund heisst Kevin. Für Samstag sind sie verabredet. Seine afghanischen Freunde kennt Ezmari von der Flucht, sie sind wochenlang gemeinsam mit einem GPS-Gerät durch Europa gewandert. Kevin war irgendwann einfach da. Mit einer weissen Sonnenbrille und einem schwarzen Fiat Punto, in dem lauter Deutsch-Rap läuft, Megaloh zum Beispiel, natürlich auch Bushido. Voraussetzung ist, sagt Kevin immer, dass die Texte ein bisschen Sinn machen. Kevin ist 23 und arbeitet auf dem Bau. Wenn er frei hat, dann fährt er zur Asylunterkunft in Villmergen, jenem dreistöckigen Riegel aus Beton, in dem auch Ezmari gewohnt hat, bevor er bei Samuel und Silvia eingezogen ist. Manchmal holt Kevin dort ein paar Flüchtlinge ab und kocht zu Hause für sie. Er geht mit ihnen fischen, hilft mit Formularen. Ezmari war schon oft bei Kevin. Sie sind zusammen durch Baden geschlendert, haben bei Kevin zu Hause Filme geschaut oder auf dem Balkon grilliert. «Kevin ist wirklich sehr nett», sagt Ezmari, und damit ist alles gesagt.

Noch zwei Tage, dann ist endlich Wochenende. Ezmari schreibt jetzt mit der rechten Hand Sätze in sein Schulheft, obwohl er eigentlich Linkshänder ist. Er lebt ja auch in der Schweiz, obwohl er ursprünglich nach Norwegen wollte. Er lernt jetzt die Eigenschaften von Tannenholz auswendig und prägt sich die Funktionsweise eines Kettenrollzuges ein, statt an einer Universität zu studieren, wie er sich das während seiner Flucht ausgemalt hatte. Elektrotechnik vielleicht. Oder Medizin. Seiner Mutter würde er damit eine grosse Freude machen. Falls er jemals nach Afghanistan zurückkehren wird, könnte er Häuser elektrifizieren oder Verletzte behandeln. Herr Pink, Ezmaris Lehrmeister, sagt: «Die Holzbranche ist sehr durchlässig.» Ezmari ist gut im Rechnen und schnell im Begreifen. Das hier ist der Anfang.

«Ezmari», fragt Herr Zimmermann, um auf das Unterrichtsthema zurückzukommen, «haben Sie schlimme Erinnerungen an Ihre Flucht, man sagt dazu Trauma?» Ezmari zögert. «Ich war zwölf, da war ich mittags auf der Strasse. Da gab es zwei Bombenexplosionen, plötzlich waren da ganz viele Leute, es fielen Schüsse, das war so ein Moment.» Er redet nur ungern über früher, denn der Weg in sein altes Leben ist abgeschnitten. Käme er jetzt nach Qarabagh, würde sich blitzschnell herumsprechen, dass er in Europa war, dass er vielleicht reich geworden, dass er möglicherweise vom Glauben abgefallen ist. «Die Politik in Afghanistan wird immer schlimmer. Der Präsident ist gar nicht sympathisch, er denkt nur an sich», sagt Ezmari. Als er aufbrach, hatte er noch keinen Bartwuchs und auch kein Ziel. Er ging weg, weil seine Mutter es wünschte. Weg von den Explosionen. Weg von den vermummten Männern, die durchs Dorf schlichen und ihn aus der Ferne beobachteten. Vielleicht wäre er im Nachbarland Iran geblieben, wenn nicht die Zivilpolizisten gewesen wären, die ihn für einen Drogendealer hielten und mit Elektroschockern quälten. Es war eine lange Reise von Afghanistan bis in die Schweiz. Die Wahrheit ist: Sie hat etwa sieben Jahre gedauert. So genau weiss Ezmari es nicht, Zeit ist nicht so wichtig in Afghanistan. Was er weiss: Als er beim Bundesamt für Migration behauptete, er habe die Strecke innerhalb von sechs Wochen zurückgelegt, hat er nicht die Wahrheit gesagt. Er dachte, er könne sich mit einer kleinen Lüge viele komplizierte Fragen ersparen. Warum waren Sie so lange im Iran? Wie haben Sie unterwegs Geld verdient? Welche Route sind Sie gelaufen? Aber die Fragen kamen trotzdem, und die kleine Lüge zog viele weitere nach sich. Es war sein einziger Fehler, doch er wuchs zum Fehler seines Lebens. Er verstrickte sich in Widersprüche, und sein Asylgesuch wurde abgelehnt.

Ezmari redet jetzt über seine Wochenenden in der Schweiz, mehr mit sich selbst als mit den Mitschülern. «Wenn ich traurig bin und meine Mutter vermisse, dann fahre ich immer Velo.» Im Wald, wenn er nur an den holprigen Boden unter seinen Rädern denkt, wenn es so steil bergab geht, dass er beinahe vornüberkippt und das Adrenalin gegen seine Schläfen pocht, kann er sein Leben für einen Moment auf Pause schalten.



Zum Abschalten geht Ezmari biken.

«Huere Rassische!»

Herr Zimmermann erklärt gerade, welcher Erfolg es ist, dass der Ständerat am Tag zuvor die Asylreform beschlossen hat. «Endlich können die Anträge von Flüchtlingen schneller bearbeitet werden», sagt er. Zimmermann wählt SP und macht kein Geheimnis daraus, dass er sich das auch von seinen Schülern wünscht. Aber diejenigen, die er leicht überzeugen könnte, besitzen keinen Schweizer Pass – also auch kein Stimmrecht. Und die anderen loben die Partei mit den Anti-Ausländer-Plakaten – manche aus Überzeugung, manche aus Trotz.

Manchmal wundert sich Ezmari über dieses Land, in dem die Kinder ihren Eltern Miete zahlen.

«Huere Rassische», sagt der Bulgare und nickt in die Richtung seiner Schweizer Mitschüler. «Ezmari, gleich verprügeln wir sie!» Ezmari schaut höflich zur Wand. Aus Schlägereien hält er sich nach Möglichkeit heraus. Bevor er in der Türkei in das Schlauchboot stieg, hat er dem Schlepper mit einer Holzstange eins übergezogen, weil der ihm die Schwimmweste wegnehmen wollte. Damals ging es um Leben und Tod, jetzt geht es nur um verletzten Stolz. Wenn Ezmari richtig mitgerechnet hat, dann hat der Bulgare schon 400 Franken Strafe an die Schule bezahlen müssen. Wegen Schwänzen, Stören im Unterricht, Schlägereien. Jeder Verstoss gegen die Schulordnung kostet 25 Franken. Ezmari hat bisher keinen einzigen Eintrag, und er will, dass es so bleibt.

Als der Schultag fast überstanden ist, die Stühle schon umgekehrt auf die Tische gestellt sind, damit die Reinigungsleute den Boden putzen können, und alle darauf warten, dass die Glocke läutet, stellt sich ein Schweizer Mitschüler neben Ezmari. Er will etwas sagen, etwas Versöhnliches. «Ezmari, fährst du auch mit dem Zug nach Baden?», fragt er dann. «Ja», sagt Ezmari. «Auch mit der S23?» – «Ja, genau, so wie immer», antwortet Ezmari mit einem kleinen Lächeln.

Am Samstag ist schönstes Herbstwetter. In dem Tiergeschäft, in dem Kevin Futter für die Fische in seinem Aquarium kauft, sitzen flauschige Gold- und Zwerghamster in Käfigen,

die mit Streu ausgelegt sind. Sie stammen alle aus Syrien. Die Heimat des Leopardgeckos, der neben einem Ast in seinem Terrarium sitzt, liegt in Afghanistan. «Hast du so einen schon gesehen?», fragt Kevin Ezmari und zeigt auf das gelb-schwarz gemusterte Tier. Ezmari hat schon viele Reptilien gesehen, ob es aber genau diese Art war, das kann er nicht mehr sagen.

Einmal hat er sich selbst wie eine Schlange gefühlt. «Ich habe mich komplett... wie heisst das Wort... gehäutet.» Das war, nachdem er das Gebirge zwischen dem Iran und der Türkei durchquert hatte. Sieben Tage lang in

sengender Hitze, sieben Nächte lang in eisiger Kälte. Vom ganzen Körper blätterte die verbrannte Haut ab. Kevin kennt die Geschichte vom Interviewtermin beim Migrationsamt. Er hatte sich den Tag freigenommen, um Ezmari in seinem Auto nach Bern zu fahren. Er habe mal erleben wollen, wie so eine Anhörung abläuft. Kevin nahm noch einen Freund mit, und die Mitarbeiterin fragte Ezmari zur Begrüssung: «Sind das Ihre beiden Bodyguards?»

Kevin hat auch nicht viel Geld oder Zeit, aber was er hat, das teilt er. Heute hat er auf dem Weg zu Ezmari in Villmergen einen Afghanen abgeholt, der vor elf Monaten in die Schweiz gekommen ist. Neuerdings stehen da grüne Militärzelte auf dem Vorplatz, weil im Gebäude nicht genug Betten Platz haben. In der reichen Schweiz soll es nicht möglich sein, dass jeder Mensch ein festes Dach über dem Kopf hat? Das will Kevin nicht in den Kopf. Er verbringt gern Zeit im Asylheim, dann sitzt er im Schneidersitz zwischen zwölf Eritreern und isst mit den Händen Fladenbrot, Schmortopf und gekochte Eier in scharfer Tomatensauce. Wenn man Kevin fragt, warum er so viel Zeit mit Flüchtlingen verbringt, dann sagt er: «Es interessiert mich.» Es sei ein bisschen, als würde er Ferien machen, ohne wegzufahren.

Würde er noch einmal loslaufen?

Ezmari würde Kevin gern öfter treffen, aber unter der Woche hat er kaum noch Zeit.

Nach der Arbeit geht er ins Fitnessstudio und zur Physiotherapie, hilft anderen Afghanen mit seinen Deutschkenntnissen, arbeitet als Freiwilliger beim Roten Kreuz, macht Hausaufgaben für die Schule und löst Matheübungen für Herrn Pink. Wenn immer möglich, nimmt er statt der S-Bahn den Regioexpress, um nach Zürich zu fahren, das geht fünfzehn Minuten schneller. Manchmal wundert er sich über dieses Land, in dem die Kinder ihren Eltern Miete zahlen und wo er, wenn er jemandem zum Abschied wünscht, er möge jeden Augenblick seines Lebens aus vollem Herzen geniessen, gefragt wird, ob er schwul sei. Können die Menschen hier vielleicht mit so viel Freundlichkeit nicht umgehen? Andererseits ist es das Land, in dem er Silvia und Samuel, Herrn Pink, Kevin und Herrn Zimmermann kennengelernt hat. Menschen, die ihm Vertrauen schenken und Türen öffnen, sich Sorgen machen, wenn er mit dem Velo stürzt, und sich freuen, wenn er in der Schule eine gute Note bekommt.

Ob er noch einmal loslaufen würde, wenn er sein Leben zurückdrehen könnte? Noch einmal die beschwerliche Reise, die neue Sprache, das unerträgliche Heimweh? Er weiss es nicht. Inzwischen kommt ihm alles so normal vor. Seine afghanischen Freunde beschwerten sich in letzter Zeit öfter: «Du bist ganz anders als die Afghanen, viel mehr wie die Menschen hier in der Schweiz. Wieso bist du nur so geworden?» Vielleicht wäre es gar nicht mehr so einfach, nach Afghanistan zurückzukehren. Nicht nur wegen der Explosionen.

Ezmari und Kevin sind jetzt bei Media Markt, sie laufen vorbei an den endlosen Regalen. Kevin möchte CDs kaufen, Ezmari hätte gern eine Kamera. Am besten mit einem Objektiv, mit dem man sehr weit zoomen kann. Mit einem F-Ausweis darf man aber nicht in Raten zahlen. Kevin bietet an, mit seiner Kundenkreditkarte zu bezahlen.

Ezmari redet seit Wochen davon, welche Fotos er machen wird von Geburtstagsfeiern und Hochzeiten, von Sprüngen mit dem Velo, von Schloss Lenzburg, vom Sternenhimmel morgens um fünf, wenn er aufsteht, vielleicht sogar von seinen Mitschülern. Er will alles festhalten. Sein ganzes neues Leben.

Der Zürcher Journalistenpreis 2016

wird

Markus Häfliger
und
Thomas Preusse

für ihre Artikelserie zur

Kasachstan-Affäre

erschienen in der Neuen Zürcher Zeitung vom
21.1./27.1./7.2./6.5./15.5./18.6.2015

verliehen.

Zürich, 25. Mai 2016

Die Jury:



Hannes Britschgi



Susan Boos



Hansi Vögt



Lisa Feldmann



Alain Zucker

Preisträger



Markus Häfliger

Mein erster Bezug zum Journalismus ergab sich durch meinen Namen. In den 1980er Jahren – ich war noch Gymnasiast – berichtete ein gewisser Markus Häfliger für Radio DRS aus Afrika. Wann immer ich fortan auf meinen Namensvetter angesprochen wurde, antwortete ich: «Er ist mein Vorgänger.» Nach dem Studium der Internationalen Beziehungen in Genf hatte ich noch immer keine bessere Idee, als Journalist zu werden. Statt nach Afrika verschlug es mich zum «Aargauer Tagblatt» ins Ressort Wynental / Suhrental – für meine Ausbildung das Beste, was mir passieren konnte. Lokal- und Bundeshausjournalismus haben viel gemeinsam: Hier wie dort muss man den Protagonisten seiner Artikel auch am Tag nach der grossen Schlagzeile noch in die Augen schauen können. Erste Gehversuche im nationalen Politjournalismus ermöglichte mir die «Aargauer Zeitung». 2002 erhielt ich die Chance, für die «NZZ am Sonntag» aus dem Bundeshaus zu berichten – eine Welt, die mich auch nach bald 15 Jahren noch fasziniert. Zwei Zeitungswechsel haben mir geholfen, über diese lange Zeit die Neugierde zu bewahren: 2012 kam ich zur «NZZ», im März 2016 in die gemeinsame Bundeshausredaktion von «Tages-Anzeiger» und «Der Bund». Dass ich in letzter Zeit öfter über Lobbying berichtete, liegt daran, dass unsere Demokratie hier ein Defizit hat. Lobbying gehört zwar untrennbar zur Politik. Das Problem ist aber die mangelhafte Transparenz darüber, welche Kräfte mit welchen Mitteln politische Entscheide beeinflussen. Die Kasachstan-Lobby-Affäre, die mich 2015 beschäftigt hat, illustriert dies exemplarisch. Diese Thematik bildet aber nur einen kleinen Teil meiner Arbeit als Bundeshaus-Journalist.



Thomas Preusse

Im Emmental aufgewachsen, war das Internet mein Tor zur Welt. Fasziniert von der Technologie brachte ich mir während der Sekundarschule Programmieren bei und lernte beim Online-Gaming meine ersten Auftraggeber kennen. Nach Abschluss der Schule wurde das Programmieren zum Job und ich sammelte als Softwareentwickler Arbeitserfahrung. Den Zugang zum Journalismus habe ich durch OpenData.ch gefunden. An den Veranstaltungen des Vereins lernte man Politiker, Behörden und Journalisten kennen. Eine Journalistin, Sylke Gruhnwald, holte mich Anfang 2014 zur «Neuen Zürcher Zeitung». Dort tauchte dann eines Tages Markus Häfliger an meinem Schreibtisch auf und bat mich um Unterstützung bei der Analyse eines Leaks. Daraus entstand eine wunderbare Zusammenarbeit zwischen einem erfahrenen Journalisten und mir, der lieber 100 Zeilen Code schreibt als einen Satz. Ich setze meine Programmierkenntnisse ein, um Daten zu analysieren, Geschichten zu finden und in benutzerfreundlichen Webapplikationen zu visualisieren und zu erzählen. Heute arbeite ich bei Interactive Things, einem kleinen Designstudio im Zürcher Seefeld. Durch ehrenamtliche Engagements, den einen oder anderen Auftrag aus der Medienbranche und nächtliche Recherchen bleibe ich dem Journalismus verbunden.

Laudatio

Laudatio für die Artikelserie zur «Kasachstan-Affäre» von Markus Häfliger und Thomas Preusse erschienen in der *NZZ* Januar bis Juni 2015

Die Kasachstanaffäre – ein Lehrstück der Sonderklasse. Nicht, dass man es nicht gewusst hätte. Aber noch nie hat jemand so exakt nachgezeichnet, wie bösartig gewisse Lobbyisten manipulieren. Zu lesen war das Glanzstück in der «Neuen Zürcher Zeitung» – verfasst von Bundeshaus-Redaktor Markus Häfliger und Datenjournalist Thomas Preusse.

Am Anfang standen Zehntausende von Mails. Jemand hatte sie von kasachischen Computern gesaugt und auf einem Server für alle einsehbar gemacht. Es muss eine Sisyphusarbeit gewesen sein, die wenigen Mails herauszuklauben, die mit der Schweiz zu tun hatten. Der Plot dahinter: Die kasachische Regierung will einen Flüchtling zurückhaben, der sich mit viel Geld am Genfersee niedergelassen hat. Aber darum geht es nur nebenbei. Denn die Kasachstanaffäre ist eigentlich eine Borer-Burson-Marsteller-Markwalder-Affäre. Exbotschafter Thomas Borer arbeitet direkt für die kasachische Regierung. In ihrem Auftrag manipuliert er Politiker. Dann kommt der PR-Gigant Burson-Marsteller ins Spiel. Die ganze Affäre lässt sich auf eine einzige Zahl verdichten: 7188. So viel kostet es, einem Parlamentarier oder einer Parlamentarierin einen Vorstoss unterzujubeln. Das Opfer war Nationalrätin Christa Markwalder, die offensichtlich nicht wusste, dass sie benutzt wurde.

Häfliger und Preusse beschreiben nicht nur, wie die Manipulation von Politikern vonstatten ging, sie schildern auch, wie in renommierten Medien manipulierte Primeurs platziert wurden. Lobbying ist nicht einfach böse. Die Linke tut es wie die Rechte. Was Häfliger und Preusse aber ans Licht befördert haben, geht weit darüber hinaus, was zuträglich ist. Die Recherche der beiden hat viel ausgelöst. Dank ihnen wird heute konkret über Lobbying und Transparenz geredet. Dank ihnen werden sich bald alle Lobbyisten, die ins Bundeshaus wollen, registrieren lassen müssen. Dafür haben Markus Häfliger und Thomas Preusse den Preis wahrhaftig verdient!

Susan Boos

Im Sold einer fremden Macht

Wie Ex-Botschafter Thomas Borer im Auftrag Kasachstans die Schweizer Behörden unter Druck setzt

Neue Zürcher Zeitung, 21. Januar 2015

Die kasachische Regierung hat Thomas Borer als Lobbyisten angeheuert. Seine Mission lautet, die Schweizer Behörden im Sinne Kasachstans zu beeinflussen. Nun kommen die diskreten Aktivitäten ans Licht.

Von Markus Häfliger, Bern

Früher vertrat Thomas Borer die Interessen des Schweizer Staates. In der Affäre um die nachrichtenlosen Vermögen kämpfte er in den 1990er Jahren gegen Angriffe aus den USA, dann war er bis 2002 Botschafter in Deutschland. Tempi passati. Heute setzt Borer als Lobbyist sein eigenes Land unter Druck. Im Sold der kasachischen Regierung versucht er, den

Bundesrat und die Schweizer Justizbehörden zu beeinflussen. Er hat veranlasst, dass Nationalräte im Sinne Kasachstans tätig wurden. Und er stellte der kasachischen Regierung vertrauliche Informationen aus dem Inneren der Schweizerischen Bundesanwaltschaft in Aussicht.

Wie meist, wenn Lobbyisten aktiv werden, sollte all das im Hintergrund bleiben. Doch die Zeitung «Le Temps» hat Borer als Lobbyisten für das kasachische Regime geoutet. Wegen dieses Artikels hat Borer inzwischen Strafanzeige gegen den Journalisten eingereicht, wie die «Sonntags-Zeitung» am letzten Sonntag publik gemacht hat.

Jetzt liegen der NZZ neue Quellen vor, mit deren Hilfe sich Borers Kasachstan-Connection detailliert nachzeichnen lässt: Unbekannte Kreise haben Zehntausende von E-Mails

kasachischer Regierungsbeamter im Internet publiziert. In dieser Datenmenge finden sich auch rund zwei Dutzend E-Mail-Nachrichten, die zwischen Borer und kasachischen Regierungsvertretern hin und her gingen (vgl. Zusatzartikel).

Verbrecher? Oppositioneller?

Inhaltlich drehen sich die meisten Mails um den Fall Chrapunow. Das Ehepaar Leila und Viktor Chrapunow gehörte einmal zur kasachischen Elite: Er war Bürgermeister der Stadt Almaty, sie war Geschäftsfrau. 2007 kam es zum Bruch mit dem Regime, und die Chrapunows setzten sich in die Schweiz ab. Heute betätigt sich Chrapunow vom Genfersee aus als Regimekritiker. Die kasachische Justiz ihrerseits hat Chrapunow per Interpol zur Verhaftung ausgeschrieben.



«Den Druck erhöhen»: Lobbyist Thomas Borer in der Dezember-Session 2012 in der Wandelhalle.

ALESSANDRO DELLA VALLE / Keystone

Sie wirft ihm Korruption und Veruntreuung hoher Millionenbeträge vor. Um seiner habhaft zu werden, richtete Kasachstan im Februar 2012 ein Rechtshilfegesuch an die Schweiz.

Ob und inwieweit die Vorwürfe gegen Chrapunow zutreffen, ist bis heute offen. Die Genfer Staatsanwaltschaft leistet Rechtshilfe und unterstützt die kasachische Justiz: Mindestens zweimal konnten kasachische Ermittler die Chrapunows in Genf befragen. Doch mit dieser offiziellen Hilfe sind die kasachischen Behörden offensichtlich nicht zufrieden. Um die Jagd nach Chrapunow zu beschleunigen, haben sie Alt-Botschafter Borer engagiert.

30 000 Dollar pro Monat

Aus den veröffentlichten E-Mails geht hervor, dass bereits im April 2013 ein Gespräch zwischen Borer und dem kasachischen Vize-Generalstaatsanwalt stattfindet. Doch vorerst kommt man nicht ins Geschäft. In den nächsten Monaten hakt Borer mehrmals per E-Mail in Kasachstan nach und bietet offensiv seine Dienste an. Am 13. November 2013 stellt er dem kasachischen Justizministerium sogar vertrauliche Informationen aus der Bundesanwaltschaft in Aussicht. Er habe Zugang zu einem «wichtigen Mitarbeiter der Bundesanwaltschaft» erhalten, schreibt er und verspricht, dieser Mitarbeiter «könnte uns wichtige Insider-Informationen zugänglich machen».

Am 18. Februar 2014 erhält Borer endlich die Aufforderung, eine Offerte für seine Lobby-Dienste zu unterbreiten. Die Offerte selber

fehlt in der Datenbank. Vorhanden ist jedoch eine Mail-Antwort vom 7. März 2014, in der die kasachische Seite über den Preis diskutiert: Sie fragt Borer an, ob man sich nicht auf 30 000 Dollar pro Monat einigen könne statt auf 30 000 Franken. Borer erklärt sich einverstanden.

Für die nächsten Wochen gibt es keine Spuren – bis am 8. August 2014 im «Beobachter» ein kritischer Artikel über Chrapunow erscheint. Noch am gleichen Tag schreibt Borer dem Exekutivsekretär des kasachischen Justizministeriums, dieser Artikel sei «ein erfolgreiches Resultat unseres Aktionsplans». Er selber habe den Autor des Artikels «initiiert» und «gut gebrieft». Borer erklärte, dass er nun gemäss Aktionsplan weiterfahren werde, «positiven Druck auf das Büro des Bundesstaatsanwalts auszuüben».

Willfähige Nationalräte

Zu diesem Zeitpunkt hat Kasachstan allerdings einen Rückschlag erlitten: Am 19. Juni 2014 hat das Bundesamt für Justiz (BJ) ein kasachisches Auslieferungsbegehren abgelehnt. Das BJ begründet die Absage damit, dass für Chrapunow kein menschenrechtskonformes Verfahren garantiert wäre. Am 26. August 2014 bietet Borer den Kasachen an, dass er die Auslieferungs-Sache nun selber in die Hand nehme. Er schlägt «eine direkte Intervention» beim zuständigen BJ-Vizedirektor vor und bittet die kasachischen Behörden dafür um grünes Licht. Ziel sei es, «den Druck auf die Behörden in Bern direkt zu erhöhen». Auch den Bundesrat will Borer unter Druck setzen: Er habe eine Interpellation vor-

bereitet, die durch «freundlich gesinnte Parlamentsmitglieder» eingereicht werden soll.

Und tatsächlich: 30 Tage später reicht der SVP-Nationalrat Christian Miesch eine Interpellation ein. Der Vorstoss übernimmt die Sichtweise Kasachstans ungefiltert. Ohne Belege, aber mit Namensnennung behauptet die Interpellation, Chrapunow habe seine Vermögenswerte mutmasslich veruntreut. Der Bundesrat soll erklären, ob er bereit wäre, Chrapunow auszuliefern und auf diese Weise seiner «gerechten Strafe» zuzuführen. Miesch gibt zu, dass er wegen der Interpellation mit Borer «in Kontakt gestanden» sei. Miesch, der nach eigenen Angaben 14 Mal in Kasachstan war, ist Sekretär der parlamentarischen Gruppe Schweiz – Kasachstan. Acht Nationalräte haben den Vorstoss mitunterzeichnet: die fünf SVP-Vertreter Parmelin, Hurter, Rime, Bugnon und Lukas Reimann, die Freisinnigen Christa Markwalder und Walter Müller sowie SP-Nationalrätin Margret Kiener Nellen.

Weniger Erfolg als bei den Parlamentariern hat Lobbyist Borer offenbar beim Bundesamt für Justiz. Jedenfalls sagt ein Amtssprecher, es habe «im Fall Chrapunow kein Treffen zwischen dem BJ und Rechtsanwälten oder anderen Personen stattgefunden».

«Helfe Parlamentariern oft»

Thomas Borer stellt seine Aktivitäten als normal dar und sagt, er sei auch weiterhin für Kasachstan tätig. In einer Demokratie sei es «absolut zulässig, dass Einzelpersonen, Verbände oder ausländische Regierungen

→

Zehntausende E-Mails veröffentlicht

Die Mail-Korrespondenz zwischen Thomas Borer und kasachischen Regierungsstellen ist Teil eines umfangreichen Datensatzes, der im Internet publiziert worden ist. Auf der Website <https://kazaword.wordpress.com> sind Kopien von rund einem Dutzend Mailboxen kasachischer Persönlichkeiten abgelegt. Darunter befinden sich auch private und geschäftliche Accounts des Exekutivsekretärs des Justizministeriums, Marat Beketajew, des stellvertretenden Generalstaatsanwalts, Andrei Krawtschenko, sowie anderer kasachischer Regierungsbeamter.

Urheber und Umstände dieses Informationslecks sind nicht bekannt. Auch über die Motive der Veröffentlichung lässt sich nur spekulieren. Das Leck könnte Ausdruck davon sein, dass die Machtkämpfe in der kasachischen Elite mit harten Bandagen geführt werden. Insgesamt umfassen die Datensätze über 60 000 E-Mail-Nachrichten und Dateianhänge. Die ältesten Nachrichten stammen aus dem Jahr 2007, die jüngsten aus dem letzten Quartal des Jahres 2014.

Die Datensätze sind nicht verschlüsselt. Sie müssen lediglich mit einer handelsüblichen

Software entpackt werden und sind dann in handelsüblichen E-Mail-Programmen lesbar.

Das Gros der E-Mails hat mit der Schweiz nichts zu tun. Enthalten im Datensatz sind jedoch rund zwei Dutzend ankommende und abgehende Nachrichten an und von Thomas Borer (vgl. Haupttext). Hinzu kommen über vierzig weitere E-Mail-Nachrichten, in denen Thomas Borer erwähnt wird. Nachrichten an und von E-Mail-Nutzern in der Schweiz sind nur im Datensatz enthalten, sofern sie in den Mailboxen der Kasachen auftauchen.

Einfluss auf Entscheide von Regierung und Parlament nehmen». Keine Probleme sieht er auch bei den «Insider-Informationen» der Bundesanwaltschaft, die er den Kasachen in Aussicht gestellt hat. Als Lobbyist habe er eine ähnliche Stellung wie ein Anwalt und dürfe Informationen aus Strafverfahren, die er «offiziell erhalte», an seinen Klienten weiterleiten. Zu Mieschs Interpellation sagt er: «Ich helfe Parlamentariern oft bei Vorstössen, in diesem und anderen Fällen. Das tun andere Lobbyisten genauso.»

Weiter nimmt Borer weder zum Inhalt der E-Mails noch zu seinem Honorar Stellung. «Diese Mails sind Teil meines Geschäftsgeheimnisses.» Er sei Opfer eines Hackerangriffs. Ohnehin sei sein Lobbying ein Nebenschauplatz, meint Borer. Entscheidend sei, dass die Familie Chrapunow ihr Vermögen «wahrscheinlich auf unrechtmässige Weise erworben» habe. Es sei unverständlich, dass die Schweizer Justiz nicht effizienter dagegen vorgehe. Und wenn man schon seine Rolle hinterfrage, müsse man auch über den FDP-Nationalrat Christian Lüscher sprechen, «der als Lobbyist von Chrapunow sogar im Nationalrat sitzt», wie Borer sagt.

Lüscher bestätigt, dass er als Anwalt die Chrapunows in einem Asylverfahren vertrete. Als Nationalrat habe er sich aber nie in einem Dossier engagiert, das die Chrapunows betreffe.

Berns Beziehungen zu Astana

Es ist selten, dass sich die Aktivitäten von Lobbyisten derart detailliert nachzeichnen lassen wie im vorliegenden Fall. Ungeöhnlich ist auch, dass es sich nicht um ein politisches Geschäft, sondern um ein Rechtsverfahren handelt – und dass der Auftraggeber ein autokratisches Regime ist. Dazu sagt Borer, dass Chrapunow bei einer Auslieferung «natürlich alle Garantien für ein rechtsstaatliches Verfahren erhalten würde». Im Übrigen weist er darauf hin, dass die Schweiz enge Beziehungen mit der kasachischen Regierung pflege.

Vor einigen Monaten äusserte sich Borer in «Le Temps» – unabhängig von diesem Fall – ausführlich über sein Berufsverständnis als Lobbyist. Er verdiene, erzählte der 57-Jährige, heute «deutlich mehr Geld» als früher als Botschafter. Aber er setze sich nur für Interessen ein, die er für «gerecht» halte.

Mitarbeit: Thomas Preusse, NZZ-Data

Lukratives Lobbying für ein autoritäres Regime

Nicht nur der frühere Schweizer Botschafter Thomas Borer, sondern eine ganze Reihe ehemaliger Amtsträger aus Europa und Amerika haben sich einträgliche Lobbying-Aufträge aus Kasachstan geangelt. In beratender Funktion dienen oder dienten Kasachstan frühere Spitzenpolitiker wie der Brite Tony Blair, der Italiener Romano Prodi und der Österreicher Alfred Gusenbauer. Allein im Falle Blairs beläuft sich die Vergütung laut britischen Medien auf jährlich mehrere Millionen Pfund.

Imagepflege und die Förderung nationaler Interessen im Ausland sind legitime Anliegen eines Staates. Es fällt jedoch auf, dass Kasachstans Lobbying oft im Zusammenhang mit Rechtsstreitigkeiten steht, bei denen es im Kern um die persönliche Macht des Langzeit-Herrschers Nursultan Nasarbajew geht. Die Unerbittlichkeit, mit der dieser seine ins Ausland geflüchteten Gegner verfolgt, lässt sich nicht einfach mit der Suche nach Gerechtigkeit erklären; es handelt sich primär um politische Abrechnungen innerhalb der Machtelite eines diktatorischen Staates. Entsprechend könnten diese Personen bei einer Überstellung in ihre Heimat auch nicht mit einem fairen Prozess rechnen.

Von Frankreich fordert Kasachstan die Auslieferung des Oppositionellen Muchtar

Abljasow, von Österreich jene des Ex-Schwiegersohns des Präsidenten, Rachat Alijew. Im Vergleich dazu handelt es sich bei dem 2007 nach Genf geflüchteten Viktor Chrapunow um eine zweitrangige Figur. Wenn die kasachische Justiz mit Vehemenz auf die strafrechtliche Verfolgung Chrapunows drängt, so steht das in krassem Gegensatz dazu, wie man Korruptionsaffären in der Familie des Staatschefs behandelt. Der Skandal, dass Ölfirmen in den neunziger Jahren Dutzende von Millionen Dollar auf Konten Nasarbajews in der Schweiz überwiesen, wurde nie sauber aufgearbeitet. Ungeklärt ist auch das Rätsel, wie Nasarbajews Schwiegersohn Timur Kulibajew zum Multimillionär aufsteigen konnte.

Kritische Fragen hält sich Nasarbajew im Inland vom Leib, indem er Oppositionspolitiker und Bürgerrechtler einsperren lässt. Obwohl diese Repression gut dokumentiert ist, lobbyiert Borer für eine gnädigere Sichtweise. Der Uno-Menschenrechtsrat sehe die Lage in Kasachstan sehr positiv, behauptet Borer und verweist dabei auf einen angeblichen Uno-Bericht. Dumm ist nur, dass es sich bei diesem Dokument keineswegs um einen Bericht des Menschenrechtsrates handelt, sondern um eine schönfärberische Selbstdarstellung Kasachstans.

Die roten Linien im Lobbying

Der Fall Kasachstan und Thomas Borer provozieren eine Kontroverse unter Schweizer Lobbyisten

Neue Zürcher Zeitung, 27. Januar 2015

Sein Lobbying im Auftrag der kasachischen Regierung sei völlig normal, sagt Thomas Borer. Für andere Lobbyisten überschreitet er jedoch Grenzen. Sie fürchten um ihren Ruf.

Von Markus Häfliger

Thomas Borers Lobby-Aktivitäten im Auftrag der kasachischen Regierung führen zu sehr kontroversen Reaktionen – nicht nur in den sozialen Netzwerken, sondern auch innerhalb der Lobbyisten-Szene. Gemäss Schätzungen

sind derzeit rund 500 Personen in und ums Bundeshaus mit Lobbying beschäftigt. In diesem Kreis, wo fast jeder jeden kennt, wird der Fall Kasachstan intensiv diskutiert. Mehrere Lobbyisten sagen, dass sie wegen Borers Aktivitäten um das Image ihres Berufsstandes fürchteten.

Borer stellt seine Aktivitäten als völlig normal dar. «Was ich mache, machen Dutzende Lobbyisten jeden Tag», erklärte er in einem Interview mit der «Basler Zeitung». Er tue «nichts anderes als «die Interessen Kasachstans zu vertreten». So rechtfertigte er sich auch in einer E-Mail, die er an mehrere Parlamentarier sandte. Wer sein Engagement

für die kasachische Regierung infrage stelle, müsse auch über das Lobbying für Rüstungsfirmen, Rohstoffhändler, Banken oder die Pharmaindustrie reden, argumentiert Borer. All das sei «vielleicht moralisch verwerflich, aber rechtlich zulässig», so Borer.

«Grenzbereich zur Illegalität»

Support erhält Borer von Stephan Oehen. In einem Blog-Beitrag schreibt der Inhaber der Firma Oehen PR: «Insiderinformationen zu beschaffen, diese Medien weiterzugeben, einen parlamentarischen Vorstoss zu lancieren und auf oberster Ebene Lagebeurteilungen abzugeben, gehört nun mal zum Handwerk jedes



Was ist zulässig, was nicht? Parlamentarier und Lobbyisten in der Wandelhalle des Nationalrats.

ALESSANDRO DELLA VALLE / Keystone

Lobbyisten.» Auch ein Honorar von 30 000 Dollar pro Monat, wie Borer es per E-Mail mit kasachischen Regierungsvertretern diskutiert hat, sei «keine unüblich hohe Summe».

Für andere Lobbyisten hat Borer jedoch rote Linien überschritten. Der Politikberater Walter Stüdeli gibt zwar zu, dass er und seine Berufskollegen auf Informationen aus der Verwaltung oder aus parlamentarischen Kommissionen angewiesen sind, die eigentlich vertraulich seien. Diesbezüglich bewege sich ein Lobbyist oft «in einem Grenzbereich zur Illegalität». Trotzdem gibt es für Stüdeli rote Linien, die im Fall Kasachstan überschritten wurden. «Dass ein Lobbyist laufende Rechtsverfahren zu beeinflussen versucht und seinem Auftraggeber Insiderinformationen aus solchen Verfahren verspricht, ist ein No-Go», sagt Stüdeli, Geschäftsführer der Berner Lobbying-Agentur Köhler, Stüdeli & Partner.

Wegen solcher Insiderinformationen, die Borer seinen Auftraggebern in Aussicht gestellt hat, hat die Bundesanwaltschaft inzwischen interne Abklärungen aufgenommen; es geht um mögliche Amtsgeheimnisverletzung.

Kuno Hämisegger, Cheflobbyist der Schweizerischen Bankiervereinigung, unterteilt das Lobbying in zwei «Geschäftsfelder». Im ersten Bereich gehe es darum, die gesetzlichen Rahmenbedingungen einer Branche mitzugestalten. In einem Staatswesen müsse es möglich sein, die Interessen verschiedener Akteure einzubringen und auszubalancieren, sagt Hämisegger. Für problematischer hält er das zweite «Geschäftsfeld», wo Lobbyisten Einzelfall-Entscheidungen einer Behörde beeinflussen – Entscheidungen, die finanziell oder personell sehr grosse Auswirkungen haben können. «Im Unterschied zum ersten ist das zweite Geschäftsfeld korruptionsanfällig», sagt Hämisegger.

Standesregeln verschärft

Wenn Borer versucht, als Lobbyist eine Auslieferung oder Verurteilung des Exil-Kasachen Wiktor Chrapunow zu erwirken, bewegt sich er im zweiten Geschäftsfeld. Unter anderem textete Borer zu diesem Zweck an einer Interpellation mit, die der SVP-Nationalrat Christian Miesch dann einreichte. Dass Lobbyisten für Parlamentarier Vorstösse verfassen, kommt häufig vor. Diesbezüglich ist der vorliegende Fall exemplarisch. Aussergewöhnlich ist allerdings, dass Mieschs

Vorstoss einen Verdächtigen in einem hängigen Rechtsverfahren namentlich nennt.

Die Schweizerische Public-Affairs-Gesellschaft (SPAG), der Verband der Lobbyisten, will zum Fall Kasachstan keine Stellung nehmen. «Wir beurteilen die Tätigkeiten einzelner Lobbyisten nicht, solange sie nicht Mitglied der SPAG sind», sagt Präsident Stefan Kilchenmann. Borer ist nicht Mitglied. Als Mitglied müsste er sich verpflichten, die Standesregeln der SPAG einzuhalten. Nur so könne «die Qualität und Glaubwürdigkeit im anspruchsvollen Lobbyismus der Schweiz sichergestellt werden», sagt Kilchenmann. Mitte 2014 hat die SPAG die Standesregeln erheblich verschärft. Seither müssen die Mitglieder offenlegen, für wen sie lobbyieren.

Strafanzeige gegen Borer

Wegen seiner Aktivitäten im Fall Kasachstan sieht sich Alt-Botschafter Thomas Borer mit einer Strafanzeige des in Genf lebenden Exil-Kasachen Wiktor Chrapunow konfrontiert. Wie die «Schweiz am Sonntag» berichtete, hat Chrapunow die Strafanzeige vergangene Woche in Borer's Wohnkanton Zürich eingereicht. Die Anzeige umfasst die Tatbestände der Verleumdung sowie eventuell der üblen Nachrede und des politischen Nachrichtendienstes. Diesen Tatbestand sieht der Anzeigersteller möglicherweise als erfüllt an, weil Borer der kasachischen Regierung vertrauliche Informationen aus der Bundesanwaltschaft in Aussicht gestellt habe. Borer selber zeigte sich gegenüber der «Schweiz am Sonntag» gelassen. Er habe immer korrekt gehandelt, wurde der Alt-Botschafter zitiert.

Intransparentes Vorgehen

Obwohl Borer sich diesen Regeln nicht unterwirft, nimmt er für sich in Anspruch, transparent zu agieren. Im Fall Kasachstan habe er bei seinen Gesprächen in Bern «immer klargemacht, in wessen Namen ich agiere», sagte er im Interview mit der «Basler Zeitung».

Zumindest in ihren Medienkontakten spielten Borer und seine Mitarbeiter allerdings nicht immer mit offenen Karten. Am 1. Juli 2014 bot einer von Borer's Mitarbeitern der NZZ per E-Mail unaufgefordert «(Insider-) Informationen» über Wiktor Chrapunow an.

Dass ein Lobbyist Medien Informationen anbietet, kommt vor und ist so lange kein Problem, wie die Interessen deklariert sind. Doch selbst als die NZZ damals zurückfragte, wer in dieser Sache Auftraggeber sei, schuf Borer's Mitarbeiter keine Transparenz. Per E-Mail antwortete er nur: «Unserem Verwaltungsrat, Thomas Borer geht es darum, dass die Schweiz sauber wird und die jahrelangen Debatten über Potentatengelder hinter sich lässt.» Transparenz über die kasachischen Auftraggeber schuf erst «Le Temps» im Oktober 2014. Wegen dieses Artikels hat Borer inzwischen Strafanzeige eingereicht.

Kasachstans geheime Helfer am General-Guisan-Quai

Ein privater Nachrichtendienst wickelt von Zürich aus Millionenaufträge für eine ausländische Regierung ab

Neue Zürcher Zeitung, 7. Februar 2015

Die kasachische Regierung hat in der Schweiz nicht nur Thomas Borer engagiert, sondern auch einen privaten Nachrichtendienst. Für die Firma arbeitet auch ein Ex-Chef des Mossad

Von Markus Häfliger, Bern

Die Aktivitäten der kasachischen Regierung in der Schweiz sind viel bedeutender als bisher bekannt. Neben dem Lobbyisten Thomas Borer hat Kasachstan auch einen privaten Nachrichtendienst engagiert. Die Firma Arcanum, die gemäss eigenen Angaben auch Fachleute für «Spezialoperationen und irreguläre Kriegführung» beschäftigt, führte über ihre Zürcher Niederlassung umfangreiche Aufträge aus. Bezahlt wurde Arcanum vom Staat Kasachstan, formell beauftragt wurde sie von der Zürcher Anwaltskanzlei Homburger.

Diese Geschäftsbeziehung geht aus einer E-Mail-Sammlung hervor, die von Unbekannten im Internet publiziert worden ist. Es handelt sich um die gleichen Quellen, über die auch Borers Lobbying-Mandat ans

Licht kam (NZZ 21. 1. 15). Die Kanzlei Homburger und Arcanum sind im gleichen Fall tätig wie Borer: Sie unterstützen die Republik Kasachstan bei ihrem Vorgehen gegen das Ehepaar Chrapunow, das in Genf lebt. In ihrer Korrespondenz behandeln Homburger, Arcanum und die kasachischen Behörden den Fall Chrapunow unter dem lateinischen Codewort «Raptor», zu Deutsch «Räuber».

«Irreguläre Kriegführung»

Für ihre Dienstleistungen verrechnete Arcanum Monatspauschalen: Aus dem Jahr 2012 liegen einzelne Monatsabrechnungen über je 220 000 Dollar vor; 2013 stieg die monatliche Pauschale auf 250 000 Dollar. Zusätzlich verrechnete Arcanum pro Monat jeweils Zehntausende Franken für Spesen.

Die ursprünglich amerikanische Firma Arcanum ist seit 2009 mit einer Schweizer Niederlassung im Handelsregister eingetragen. Ihren Schweizer Sitz hat sie im sogenannten Weissen Schloss am General-Guisan-Quai in Zürich. Sie schmückt sich mit illustren Namen aus dem Spionage-Geschäft. Zu ihren Beratern zählt sie Meir Dagan, einen früheren

Chef des israelischen Geheimdienstes Mossad, sowie Bernard Squarcini, der früher den französischen Geheimdienst DCRI geleitet hat. Im Juni 2013 stiess auch der pensionierte US-General Joseph DiBartolomeo zu Arcanum und übernahm gemäss Firmenangaben die Funktion eines «Direktors für Spezialoperationen und irreguläre Kriegführung». Dagan, Squarcini und DiBartolomeo scheinen nicht am Zürcher Sitz zu arbeiten.

Trotzdem: Was macht eine solche Firma in einem Rechtsfall, in dem die Schweizer Justiz Rechtshilfe leistet? Aus den Quellen geht hervor, dass Arcanum unter anderem «Investigation Reports» nach Kasachstan übermittelte. Die Ermittlungsberichte selber sind in den Quellen nicht vorhanden, weil die sensitiven Dokumente auf einem geschützten Server abgelegt wurden.

Jagd auf 250 Millionen

Homburger bestätigt den Einsatz der Firma Arcanum. Die Zürcher Kanzlei selber unterstützt und berät die kasachischen Justizbehörden beim Vorgehen gegen die Eheleute Chrapunow, unter anderem im Zusammenhang mit den schweizerischen Rechtshilfeverfahren. Die kasachische Justiz wirft dem ehemaligen Bürgermeister der Stadt Almaty die Veruntreuung von mindestens 250 Millionen Dollar Staatsgeldern vor. Kasachstan macht geltend, dass Chrapunow diese Gelder teilweise in die Schweiz geschafft und hier gewaschen habe. Heute befänden sich grosse Teile der Gelder im Ausland, hält Homburger fest. Die Aufgabe von Arcanum sei es gewesen, im Auftrag der kasachischen Justiz die Finanzflüsse nachzuvollziehen und die Gelder aufzuspüren – im Fachjargon spricht man von «Asset Tracing».

Ausserdem habe Arcanum für Homburger Ermittlungsergebnisse der kasachischen Behörden für das schweizerische Rechtshilfe- und andere Verfahren «aufbereitet», die Kommunikation mit den kasachischen Behörden vermittelt und Übersetzungen angefertigt. Laut Angaben von Homburger war Arcanum im Fall Chrapunow im Ausland tätig. In der



Operation «Raptor»: Im sogenannten Weissen Schloss hat die Firma Arcanum ihren Schweizer Sitz. CHRISTOPH RUCKSTUHL/NZZ

Der lange Arm der Lobbyisten

Wie ein ausländischer Politiker und eine Schweizer Lobbyistin eine FDP-Nationalrätin instrumentalisierten

Schweiz seien «ausschliesslich öffentlich zugängliche Informationen bearbeitet» worden und das nur im kleinen Umfang. Arcanum habe vor allem 2012 und in der ersten Jahreshälfte 2013 am Fall Chrapunow mitgearbeitet. Derzeit bestehe kein Auftragsverhältnis mit der Firma mehr.

Unter dem Anwaltsgeheimnis

Der Fall wirft ein Schlaglicht in die diskrete Welt der privaten Detekteien. Kenner dieser Welt zeigen sich nicht überrascht, dass eine solche Firma im Fall Chrapunow engagiert war. Jede grössere Anwaltskanzlei, die internationale Fälle behandle, müsse heutzutage auf solche Dienstleister zurückgreifen können. Gemäss der Datensammlung gibt Kasachstan auch in Frankreich, Grossbritannien und weiteren Ländern Millionen-summen für Anwaltsbüros und Detekteien aus, die gegen Chrapunow und andere Kasachen vorgehen.

Die Kanzlei Homburger macht geltend, dass man die kasachischen Auftraggeber sowie Arcanum detailliert über die Grenzen des schweizerischen Rechts aufgeklärt habe. Es sei «klar», dass etwa Observationen oder das Hacking von Computersystemen nicht in Frage kämen. Auf die Frage, warum Kasachstan Arcanum nicht direkt beauftragt habe, antwortet Homburger, das sei üblich. Es sei darum gegangen, die Erkenntnisse von Arcanum durch das Anwaltsgeheimnis zu schützen. Ein Dienstleistungsvertrag zwischen Homburger und Kasachstan, der sich in der Datensammlung befindet, definiert allein für das Jahr 2013 ein Kostendach von vier Millionen Dollar. Dieses sei nachträglich auf rund drei Millionen reduziert worden; davon sei der «Löwenanteil» an Arcanum gegangen, hält Homburger fest.

Die Firma Arcanum sagte in einer Stellungnahme, man habe sich «jederzeit in voller Übereinstimmung mit dem Schweizer Recht und jedem anderen Recht verhalten». Die Frage, ob sie Personen observiert habe oder in Computersysteme eingedrungen sei, verneint die Firma. Was für Ermittlungen sie genau ausgeführt hat, will Arcanum aber nicht sagen. «Das ist vertraulich», teilt Arcanum-Sprecherin Yael Hartmann mit. Der Firmenname ist übrigens Latein. Er bedeutet «Geheimnis».

Mitarbeit: Thomas Preusse, NZZ-Data

Neue Zürcher Zeitung, 6. Mai 2015

Das kasachische Lobbying in der Schweiz ist umfangreicher als bisher bekannt. Nationalrätin Markwalder reichte Vorstösse ein, deren Wortlaut teilweise in Kasachstan formuliert worden ist.

Markus Häfliger, Bern

Über 7000 Franken hat ein kasachischer Politiker für einen im Nationalrat eingereichten parlamentarischen Vorstoss bezahlt. Entworfen hat den Vorstoss die PR-Firma Burson-Marsteller, dann wurde der Text in Kasachstan inhaltlich stark überarbeitet und am 21. Juni 2013 von der Berner FDP-Nationalrätin Christa Markwalder eingereicht.

Dass Vorstösse von Lobbyisten verfasst werden, ist Alltag. Weniger alltäglich ist, dass es sich um Auftraggeber aus autokratischen Staaten handelt. Und noch kaum je ist die Rechnung für einen solchen Vorstoss publik geworden. Der NZZ liegt die Abrechnung vor, in der Burson-Marsteller am 26. Juni 2013 unter dem Titel «Interpellation Markwalder» ihre Dienstleistungen auflistet: «Entwurf des Texts; Treffen mit Parlamentarierin CM [für Christa Markwalder; die Red.]; Übersetzung und Lieferung an den Klienten; mehrere Überarbeitungen (gemäss Feedback des Klienten und der Parlamentarierin CM); endgültige Textfassung.» Total: 7188 Franken 48 Rappen.

Lobbyisten-Mails im Internet

Die Interpellation ist Teil eines grösseren PR-Aktionsplans, den die Schweizer Filiale der global tätigen Kommunikationsagentur Burson-Marsteller für die kasachische Partei Ak Schol ausführte. Details dieses Mandats kommen jetzt ans Licht durch E-Mails, die Unbekannte im Netz publiziert haben. Es handelt sich um die Datenbank, durch die bereits das Mandat von Thomas Borer publik geworden ist. Während Borer für die kasachische Regierung tätig war, heisst Burson-Marstellers Auftraggeber Asat

Peruaschew. Er ist Parteichef von Ak Schol, einer Partei, die sich im Westen als Opposition darstellt, tatsächlich aber regimenah ist (siehe Zusatztext).

Die Geschichte begann vor zwei Jahren. Im Februar 2013 kam es zu einem Treffen zwischen Peruaschew und Marie-Louise Baumann, langjährige Leiterin Public Affairs und heutige Senior Adviser bei Burson-Marsteller Schweiz. Baumann hat früher für das FDP-Generalsekretariat und die Bundeskanzlei gearbeitet und ist in Bern gut vernetzt. Aus den Mails geht hervor, dass sich Peruaschew von ihr Zugang zu Politikern erhoffte. Obwohl er sich als Oppositioneller gibt, scheint es sein Hauptanliegen zu sein, bei Schweizer Meinungsführern das Image seines Landes zu verbessern. Besonders wichtig ist dem angeblichen Oppositionellen zudem die Auslieferung des Exil-Kasachen Viktor Chrapunow, der von Genf aus die Zustände in Kasachstan anprangert und von der dortigen Justiz gesucht wird.

Störende Menschenrechte

Neben anderen Aktivitäten organisierte Baumann für Peruaschew zwei Besuche im Bundeshaus, im März 2013 und im Juni 2014. Baumann trommelte jeweils eine Handvoll Politiker verschiedener Parteien zusammen, vor denen Peruaschew sich, seine Partei und sein Land präsentieren konnte. Beim ersten Treffen war auch Markwalder dabei. Anschließend habe ihr Baumann eine Interpellation vorgeschlagen, so Markwalder: «Weil Peruaschew sich glaubwürdig als liberale Opposition präsentiert hat, die sich für Wirtschaftsfreiheit, gegen Korruption und für Menschenrechte einsetze, schien mir das unterstützungswürdig.»

Und so entwarf Baumann eine Interpellation, in welcher der Bundesrat gefragt wird, inwiefern er den «Demokratisierungsprozess» in Kasachstan unterstütze. Im Entwurf kam auch der Begriff Menschenrechte dreimal vor. Darauf liess Baumann den Entwurf übersetzen und schickte ihn nach Kasachstan. Dort stiess der Text auf wenig Freude.



«Geschockt»: Christa Markwalder, derzeit Vizepräsidentin und designierte Präsidentin 2016 des Nationalrats.

LUKAS LEHMANN / Keystone

Ein Übersetzer Peruaschews forderte Baumann am 14. Juni 2013 dazu auf, die Menschenrechte zu streichen. Dieser Begriff könnte Peruaschews «politischem Status hier in Kasachstan Schaden zufügen», schrieb der Übersetzer. Falls der Begriff nicht gestrichen werde, müsse man den Vorstoss eventuell stoppen. In einer anderen Mail bat der Übersetzer darum, im Vorstoss dafür die Ak-Schol-Partei zu erwähnen.

«Das oberste Ziel»

Noch am 14. Juni beruhigte Baumann die Kasachen. Markwalder sei mit der Streichung einverstanden, «weil Menschenrechte eine Art emotionales Wort seien, sogar wenn wir es benutzen», schrieb Baumann. «Das stimmt so nicht – das legt sie mir in den Mund», sagt Markwalder dazu. In der Endfassung der Interpellation kommen die Menschenrechte

nicht mehr vor, dafür wird Ak Schol positiv erwähnt. Zudem fragt die Interpellation den Bundesrat an, inwiefern der Fall Chrapunow die Beziehungen zu Kasachstan belaste. Chrapunows Erwähnung war sogar das «oberste Ziel» («the ultimate goal») der Kasachen, wie sie Baumann zuvor per Mail wissen liessen. Markwalder sagt, das habe Baumann vor ihr verheimlicht.

Zusätzlich verfasste Baumann drei Fragen zu Kasachstan, die Markwalder in der Aussenpolitischen Kommission einreichte. Auch deren Wortlaut wurde von den Kasachen überarbeitet, was Markwalder laut eigenen Angaben ebenfalls nicht wusste. Markwalder, designierte Nationalratspräsidentin für 2016, sagt, sie sei «geschockt, dass Baumann jeden Schritt mit Kasachstan absprach und dies mir gegenüber nicht transparent machte. Es kann doch nicht sein, dass jemand Geld

dafür kassiert, wenn ich eine Interpellation einreiche, die darauf abzielt, das Verhältnis Schweiz – Kasachstan zu verbessern.»

Baumann sagt, im Rückblick hätte sie gegenüber Peruaschew «wohl misstrauischer» sein sollen. Es habe ihr glaubwürdig geschienen, dass er die Zustände in seinem Land behutsam verändern wolle. Von der Regierung hätte sie sich nicht engagieren lassen, sagt sie. Zu den Umständen der Interpellation sagt sie: «Ich glaube nicht, dass Christa Markwalder wusste, dass wir den Begriff Menschenrechte auf Wunsch der Kasachen entfernt haben.» Im Übrigen habe die kasachische Seite das Mandat am 29. April 2015 ohne Begründung beendet. Total habe Burson-Marsteller mit dem gut zwei Jahre dauernden Mandat rund 150 000 Franken umgesetzt.

Mitarbeit: Thomas Preusse

Die Pseudo-Oppositionspartei, die Schweizer Politiker umgarnt

Ak Schol, die kasachische Partei, die sich gegenüber Schweizer Politikern als liberale Opposition gibt, ist sehr regimetreu. Mit einer einfachen Google-Recherche finden sich Berichte internationaler Think-Tanks und Medien, die Ak Schol als Pseudo-Opposition darstellen. Der Parteichef Peruaschew steht Timur Kulibajew nahe, dem Schwiegersohn des Staatschefs Nasarbajew. Mehrere E-Mails deuten darauf hin, dass Peruaschew sogar die

Lobby-Aktionen in Bern mit Kulibajew abgesprochen haben könnte. In einer E-Mail, die am 15. Juni 2013 von Peruaschews E-Mail-Konto verschickt wurde, wird darum gebeten, dass eine Person mit den Initialen T. A. grünes Licht für die Interpellation Markwalder gebe; T. A. sind die Initialen von Kulibajews Vornamen. Falls es sich bei T. A. tatsächlich um Kulibajew handelt (wofür es keine Beweise, aber Indizien gibt), hätte die

Familie des Diktators selber die Interpellation ferngesteuert. Auch wenn eine Interpellation ein eher schwaches Instrument ist, so ist die explizite Erwähnung von Ak Schol doch ein Puzzleteil, um im Westen die Fassade eines Multiparteiensystems aufzubauen. Aus den E-Mails geht hervor, dass Burson-Marsteller für Ak Schol über die Schweiz hinaus einen europaweiten «Public-Affairs-Effort» plante.

Hinter der Kasachstan-Affäre stecken zerstrittene Clans

Die Schweiz ist nur ein Schauplatz einer globalen Fehde zwischen dem kasachischen Regime und vermögenden Exil-Kasachen

Neue Zürcher Zeitung, 15. Mai 2015

Die Kasachstan-Connection, die mehrere Schweizer Politiker und Lobbyisten in arge Bedrängnis gebracht hat, ist ein Nebeneffekt einer Auseinandersetzung in der kasachischen Elite. Die Hintergründe des Falls Markwalder.

Von Markus Häfliger, Bern

Über 5000 Kilometer liegt Kasachstan von der Schweiz entfernt. Und doch haben die Zustände in diesem Land Auswirkungen, die derzeit die Schweizer Innenpolitik erschüttern. Mehrere Politiker und Lobbyisten haben sich in die kasachischen Auseinandersetzungen verwickeln lassen.

Publik wurde diese Kasachstan-Connection aufgrund von E-Mails, die im Internet publiziert worden sind (vgl. Zusatzartikel). Hinter alledem steht eine Fehde, die seit Jahren in der kasachischen Elite tobt. Auf der einen Seite stehen der Familienclan von Staatschef Nasarbajew und die kasachische Justiz, auf der anderen Seite Politiker und Oligarchen, die Nasarbajew einst nahestanden, ihn heute aber kritisieren. Mehrere von ihnen sind in den letzten Jahren aus Kasachstan geflohen. Die Schweiz kam ins Spiel, weil einer von ihnen, Viktor Chrapunow, Genf als Ziel seiner Flucht auserkoren hat.

Abljasow, Alijew, Chrapunow

Der prominenteste Exil-Kasache ist Muchtart Abljasow, ein schwerreicher Geschäftsmann

und der gewichtigste Regimekritiker überhaupt. Unter anderem finanzierte er einen oppositionellen TV-Sender. Einst war Abljasow Chef der kasachischen Bank BTA, die in der Finanzkrise ins Wanken geriet und verstaatlicht wurde. Die kasachische Justiz wirft ihm vor, mehrere Milliarden Franken veruntreut zu haben. 2013 wurde er auf der Flucht in Frankreich verhaftet; seither läuft sein Auslieferungsverfahren. Ein weiterer Dissident, Nasarbajews Schwiegersohn Rachat Alijew, wurde im Februar 2015 erhängt in einer Wiener Gefängniszelle aufgefunden.

Im Vergleich zu Abljasow ist der 67-jährige Viktor Chrapunow ein kleinerer Fisch, aber auch er war hochrangiger Funktionär in Kasachstan. Unter anderem diente er als Minister und Bürgermeister der Stadt



Seit 25 Jahren in Kasachstan an der Macht: Präsident Nasarbajew im Februar 2015 auf einem Poster.

SHAMIL ZHUMATOV / Reuters

48 000 kasachische E-Mails im Internet

Im Rahmen der Fehde innerhalb der kasachischen Elite sind Zehntausende E-Mails kasachischer Funktionäre und Politiker im Internet aufgetaucht. Die ersten E-Mails wurden offenbar im Sommer 2014 hochgeladen. Seither wurden schubweise rund zwei Dutzend Datenpakete veröffentlicht, zum Teil im Abstand von mehreren Wochen.

Wer diese E-Mails ins Netz stellt, ist nicht bekannt. Die Indizien deuten jedoch darauf hin, dass es Personen sind, die direkt oder indirekt aus dem Umfeld dissidenter Kasachen stammen. Die E-Mails sind allem Anschein nach gehackt worden. In den meisten Fällen handelt es sich um die elektronischen Briefkästen von Personen, die eine Rolle spielen in den laufenden Rechtsverfahren gegen verschiedene Exil-Kasachen oder bei kasachischen PR-Operationen im Ausland. Konkret wurden etwa die Konten des stellvertretenden kasachischen Generalstaatsanwalts und des Spitzenpolitikers Asat Peruaschew publiziert.

E-Mail-Konten von Schweizern finden sich nicht in der Datenbank. Trotzdem umfasst der Datensatz auch Nachrichten an und von

E-Mail-Nutzern in der Schweiz, sofern sie in den Mailboxen der Kasachen auftauchen.

Die NZZ hat diese Datenbank in den letzten Monaten regelmässig gesichtet und ausgewertet. Gestützt darauf konnte sie – wie andere Medien auch – die Verbindungen mehrerer Schweizer Lobbyisten, PR-Berater und Detekteien nach Kasachstan nachzeichnen. Die Lobbyisten wiederum involvierten unter anderem die Nationalräte Christa Markwalder, Walter Müller (beide fdp.) sowie Christian Miesch (svp.) für die Zwecke ihrer kasachischen Auftraggeber.

Die Daten liegen auf den Servern einer neuseeländischen Firma, welche Filesharing-Dienste anbietet. Auf einer anderen Website, dem russischsprachigen Blog kazaword.wordpress.com, wird jeweils vermeldet, wenn neue Datenpakete verfügbar sind. Insgesamt umfasst die Datenbank inzwischen rund 48 000 E-Mails mit zahlreichen Anhängen. Bei den Attachments handelt es sich etwa um Konzeptpapiere, gescannte Zeitungsartikel, Rechnungen, Fotos oder Visa-Anträge inklusive gescannter Reisepässe involvierter Akteure. Die Daten sind nicht verschlüsselt,

aber komprimiert. Um die E-Mails lesen zu können, muss man die Daten lediglich entpacken und in ein handelsübliches E-Mail-Programm importieren.

Insgesamt hat nur ein kleiner Teil der total rund 48 000 E-Mails überhaupt einen Bezug zur Schweiz. Von den insgesamt über 13 000 verschiedenen E-Mail-Adressen, die in der Datenbank vorkommen, lassen sich nur gut 100 eindeutig einer Schweizer Person oder einem Unternehmen in der Schweiz zuordnen; das ist weniger als ein Prozent.

Der Rest der E-Mails dreht sich um Geschäfte in Kasachstan und anderen Ländern, um Ferien und andere private Belanglosigkeiten – oder um kasachische Rechtsverfahren und PR-Manöver in anderen Ländern. So wie die Schweizer Medien über die Rolle schweizerischer Politiker berichten, hat die französische Online-Zeitung Mediapart unlängst die Kasachstan-Connections französischer Politiker und Prominenter publik gemacht – offenkundig gestützt auf den gleichen Datensatz.

Almaty. Seine Frau Leila war Geschäftsfrau. Während der postsowjetischen Wildwest-Zeit kamen die Chrapunows zu Vermögen. Nach ihrer Ankunft in der Schweiz tätigten sie und ihr Sohn am Genfersee Immobiliengeschäfte. 2011 schätzte die «Bilanz» ihr Vermögen auf 300 bis 400 Millionen Franken – eine Zahl, die laut Chrapunow viel zu hoch ist. Abljasow und Chrapunow sind familiär verbunden: Chrapunows Sohn hat Abljasows Tochter geheiratet. Laut Darstellung der Chrapunows ist diese Verbindung sogar ein Hauptgrund dafür, dass sie bei Nasarbajew in Ungnade gefallen sind.

In Genf haben die Chrapunows eine B-Bewilligung mit Pauschalsteuerabkommen. Zusätzlich haben sie ein Asylgesuch eingereicht, das noch hängig ist.

«Unser Freund, der Diktator»

Nach seiner Ankunft in der Schweiz begann Chrapunow, sich immer kritischer

über den Staatschef zu äussern, der sich am 26. April 2015 mit 97,7 Prozent der Stimmen im Amt bestätigen liess. Chrapunow schrieb sogar ein Buch, das auch auf Deutsch erschienen ist unter dem Titel «Nasarbajew – unser Freund, der Diktator». Die kasachische Justiz wiederum wirft Chrapunow die Veruntreuung von mindestens 250 Millionen Dollar vor. Im Februar 2012 hat Kasachstan die Schweiz um Rechtshilfe ersucht. Gestützt darauf hat die Genfer Staatsanwaltschaft ein Geldwäscherei-Verfahren eröffnet, das bis heute andauert. Darüber hinaus hat Kasachstan die Chrapunows auch in den USA verklagt. Ein Auslieferungsgesuch hat das Bundesamt für Justiz 2014 abgelehnt, unter Verweis auf die problematische Menschenrechtslage in Kasachstan. Chrapunow betont, er sei unschuldig, und argumentiert, die Strafverfahren seien die Retourkutsche auf seine Systemkritik.

Kasachstan lässt sich die Verfahren gegen Abljasow, Chrapunow und andere Exil-

Kasachen Millionen kosten. Der Staat hat in mehreren westlichen Ländern nicht nur die teuersten Anwälte engagiert. Zusätzlich wurden Lobby-Spezialisten beauftragt, auf inoffiziellem Weg Druck auf die Behörden der jeweiligen Länder zu machen. In der Schweiz haben oder hatten folgende Kanzleien und Agenturen Mandate aus Kasachstan: die Zürcher Anwaltskanzlei Homburger, Alt-Botschafter Thomas Borer, die PR-Agentur Burson-Marsteller sowie der private Nachrichtendienst Arcanum.

Aber auch die kasachischen Dissidenten verfügen über dekorierte Anwälte und Berater. So hat Chrapunow Lalive, eine der ersten Adressen unter den Genfer Anwaltskanzleien, sowie den PR-Berater Marc Comina engagiert. Auch der Genfer Anwalt und FDP-Nationalrat Christian Lüscher hat ein Anwaltsmandat der Chrapunows.

Transparenzoffensive im Parlament

Offenlegungspflichten für Lobbyisten und Politiker sollen verschärft werden

Neue Zürcher Zeitung, 18. Juni 2015

Die Kasachstan-Affäre provoziert eine Welle von Vorstössen für mehr Transparenz im Politbetrieb. Lobbyisten sollen ihre Mandate offenlegen und Parlamentarier ihre Einkünfte.

Von Markus Häfliger, Bern



Nadine Masshardt, Nationalrätin (sp., Bern)

«Das Vertrauen der Bevölkerung in die Politik muss gestärkt werden.»

Das Parlament soll die Schrauben bei den Lobbyisten anziehen – und auch bei sich selber. Das verlangen Parlamentarier aus verschiedenen Fraktionen mit einer ganzen Serie von parlamentarischen Vorstössen. Der Forderungskatalog umfasst neue und vor allem strengere Regeln für den Umgang mit Lobbyisten, mit Geldspenden, mit Einladungen und mit bezahlten Mandaten.

Allein die SP hat fünf Vorstösse ausgearbeitet, die in den letzten Tagen eingereicht wurden oder bis Sessionsende eingereicht werden. Weitere Forderungen stammen aber auch aus dem bürgerlichen Lager – oder sie werden von bürgerlichen Politikern mitunterstützt.

Reisekosten selber bezahlen

Am weitesten geht eine parlamentarische Initiative der SP-Fraktion. Sie will alle National- und Ständeräte dazu verpflichten, Transparenz über einen Teil ihrer Einkünfte herzustellen. Bereits heute müssen die Parlamentarier Verwaltungsratsmandate sowie Ämter in Verbänden und anderen Interessengruppen offenlegen. Neu sollen sie auch die damit verbundenen Einkommen publizieren. Explizit von der Forderung ausnehmen will die SP Einkünfte «aus beruflichen Tätigkeiten». SP-Fraktionschef Andy Tschümperlin (Schwyz) räumt zwar ein, dass die Abgrenzung nicht einfach sei. Eine Regelung sei aber wichtig. Dass Politiker engen Kontakt mit Interessengruppen pflegten, gehöre zwar zum System und sei «kein Skandal», sagt Tschümperlin. Es gelte aber den Eindruck zu vermeiden, dass die Politik käuflich sei.

In einem weiteren Vorstoss verlangt Nadine Masshardt (sp., Bern), dass Parlamentarier Einladungen zu sogenannten Informationsreisen nur noch annehmen dürfen, «sofern die Ratsmitglieder die Reisekosten selber bezahlen». Zwar kennt das Parlament bereits heute eine Empfehlung mit exakt diesem Wortlaut, doch diese ist nicht verbindlich. In der Vergangenheit sind mehrere Fälle publik geworden, in denen sich Parlamentarier Auslandsreisen bezahlen liessen. Der zuletzt bekanntgewordene Fall betrifft den FDP-Nationalrat Walter Müller, der sich nach Kasachstan einladen liess (NZZ 8. 5. 15). Auch bürgerliche Nationalräte haben Masshardts Forderung mitunterzeichnet, so etwa Ruth Humbel (cyp., Aargau), Fathi Derder (fdp., Waadt), Lukas Reimann (svp., St. Gallen) und Heinz Siegenthaler (bdp., Bern). Masshardt glaubt, dass eine gesetzliche Reise-Regelung «das Vertrauen der Bevölkerung in die Politik stärkt».

Geldspenden publizieren

In einem weiteren Vorstoss will Masshardt die Parlamentarier dazu verpflichten, Geldspenden ab einem gewissen Betrag zu publizieren. Einzelspenden sollen ab 5000 Franken offengelegt werden. Bei mehreren Spenden pro Kalenderjahr läge die Limite bei 10 000 Franken. Für diesen Vorstoss, sagt Masshardt, habe sie allerdings keine bürgerlichen Unterzeichner gefunden.

Drei weitere Parlamentarier aus drei Parteien nehmen nicht die Politiker, sondern die Lobbyisten ins Visier. SVP-Nationalrat Lukas Reimann hat eine Motion für ein «Transparentes Lobbyregister» eingereicht. Darin sollen alle Lobbyisten nicht nur ihre Auftraggeber, sondern auch ihre «Methoden und Mittel» offenlegen. Etwas weniger weit geht FDP-Nationalrat Andrea Caroni (Appenzell Ausserrhoden). Er verlangt, dass Lobbyisten ihre Mandate in einer öffentlichen Liste publizieren müssen. SP-Ständerat Didier Berberat (Neuenburg) schlägt eine Lösung vor, die zwischen denen von Reimann und Caroni liegt.

Ein Mitarbeiter für jeden

Eine noch weiter gehende Änderung in der Parlamentsarbeit verlangt ein überparteilich abgestützter Vorstoss, den Matthias Aebischer (sp., Bern) initiiert hat. Seine parlamentarische Initiative verlangt, dass jeder Parlamentarier zu maximal 80 Prozent einen persönlichen Mitarbeiter anstellen kann. Im Gegenzug würde die heutige Entschädigung für Personal- und Sachauslagen von 33 000 auf 10 000 Franken gekürzt.

Aebischer sagt, viele Parlamentarier seien durch die immer komplexere Parlamentsarbeit überlastet und überfordert. So erhalte er zum Beispiel täglich 50 bis 100 E-Mails, die mit seinem Parlamentsmandat zusammenhängen und die es zu bearbeiten gelte. Dafür fehle die Zeit für inhaltliche Arbeit an den Parlamentsgeschäften. Nationalräte aus allen Fraktionen unterstützen Aebischers Forderung: Heinz Brand (svp.), Fathi Derder (fdp.), Rosmarie Quadranti (bdp.), Francine John-Calame (gp.) und Isabelle Chevalley (glp.).

Der Zürcher Journalistenpreis 2016

wird

Federico Franchini
Hannes Grassegger
Daniel Puntas Bernet

für ihren Artikel

Unicef und Blutgold

erschienen im Magazin Reportagen vom 3. Dezember 2015

verliehen.

Zürich, 25. Mai 2016

Die Jury:



Susan Boos



Hans Voigt



Hannes Britschgi



Lisa Feldmann



Alain Zucker

Preisträger



Federico Franchini

Sono nato nel 1983 in Ticino e ho svolto i miei studi universitari a Losanna. Da sempre attratto dal giornalismo d'inchiesta, penso che non occorre andare lontano per fare questo lavoro: dal Ticino, così come dalla Svizzera, passano numerosi traffici, più o meno leciti. E il protagonista del nostro articolo – l'oro – non è che un esempio. Attualmente lavoro al 50 % per il quindicinale ticinese area e per l'altro 50 % come freelance in Svizzera, Italia e Francia. In particolare collaboro con il mensile romando la Cité, un giornale indipendente, interamente finanziato dai lettori.



Hannes Grassegger

Ich will nicht nach hinten schauen. Und wen interessiert schon, wer ich bin? Jetzt ist die beste Zeit um Reporter zu sein. Es ist der Wilde Westen. Wir leben mitten in der Digitalisierung, dem grössten Wandel seit der Renaissance. Das ist spannend – und wirkt sich nirgendwo radikaler aus als in der Presse. Unser Berufsstand ist benannt nach dem Ding, das durch die Digitalisierung ersetzt werden soll. Die alte Welt haben wir verlassen, noch sind wir nirgends angekommen und es ist schwer sein Brot mit Schreiben zu verdienen. Schlimmer ist, dass die Vierte Gewalt genau in Zeiten des Verteilungskampfes um die Zukunft so geschwächt ist, dass viele schlaue Leute lieber andre Jobs machen. Das bedeutet für die Verbliebenen enorme Verantwortung – und grossartige Möglichkeiten. Wir können fast alles neu erfinden, denn viele Regeln gelten nicht mehr. Alte Autoritäten haben ihr Gewicht verloren, weil sich so vieles ändert. Das macht es auch Quereinsteigern – wie mir – leichter. Ich habe nach den Schuljahren in Stuttgart in Dakar gelebt und danach in Berlin und Zürich Ökonomie studiert, weil mich der materielle Kern hinter angeblichen Wahrheiten interessiert. Nichts bietet mir eine bessere Möglichkeit dem nachzugehen, als Reporter zu sein. Und ich glaube, dass in einer sich verflüssigenden Welt die Nachfrage nach neuen Ankerpunkten der gemeinsamen Realität wächst. Damit meine ich Realitätserlebnisse, die für so viele Menschen wie möglich so einfach wie möglich zugänglich sind – damit sie geteilt werden können. So bauen wir in einer Welt aus Bits und Atomen der Wahrheit eine neue Wohnung.



Daniel Puntas Bernet

Daniel Puntas Bernet (1965), arbeitete nach einer KV-Lehre auf einem Notariat in seinem Geburtsort Belp, Kanton Bern, zuerst als Devisenhändler in Basel, Chicago und New York und später als Marketing-Manager bei den Swiss Indoors Basel. Nach einer ausgedehnten Reise durch Südamerika und zeitweiliger Tätigkeit als Weinbauer in Chile sowie dem Studium der Deutschen und Spanischen Literatur an der Universität Freiburg, wurde Puntas Bernet zurück in Bern Gymnasiallehrer. Mit 37 Jahren entdeckte er die Gattung Reportage und entflammte augenblicklich für die in seinen Augen perfekte Symbiose zwischen Literatur und Journalismus. Als freier Reporter schrieb er fortan für NZZ, GEO, Greenpeace Magazin und Cicero und von 2004 bis 2011 war er als Hintergrund- und Wirtschaftsredaktor bei der NZZ am Sonntag tätig. Neben einem breiten Themenspektrum spezialisierte er sich auf Rohstoffe und reiste mehrmals in die Abbaugelände der unterschiedlichsten Metalle und Energieträger nach Afrika, Südamerika und Asien. Seine Leidenschaft fürs Geschichtenerzählen und noch viel mehr fürs Geschichten-Erzählt-Bekommen hat 2011 zur Idee und Gründung von Reportagen geführt. Ausgiebige Recherchereisen rund ums Thema Rohstoffe sind seither selten geworden – die Tätigkeit als Chefredaktor und Geschäftsführer des Nischenmagazins mit dem selbstdeklarierten Anspruch «Weltgeschehen im Kleinformat» bestimmt den Arbeitsalltag vollkommen.

Laudatio

Laudatio für den Artikel

Unicef und Blutgold

von *Federico Franchini, Hannes Grassegger*
und *Daniel Puntas Bernet*

erschieden in *Reportagen*

3. Dezember 2015

Der Text ist so raffiniert wie das Gold, um das es geht. Er nimmt uns mit auf eine Reise von den Elenden in den goldhaltigen Dreckslöchern des Kongo zu den Edelsten unter uns. Er zeigt auf, wie sich die Blutspur des Goldes mit jedem Handel und jedem Schmelzprozess verliert, und er gibt uns als Erstes eine Idee, wie gross das Gewissen der Menschheit in seiner reinsten Form misst: 20 mal 20 mal 20 Meter! So lautet das Hohlmass des Würfels aus reinem Gold, den die Menschheit in ihrer gesamten Geschichte bislang zusammengekratzt hat.

Gold ist raffiniert, denn am Schluss ist es immer rein. Jedenfalls fast! Gleich, ob die Klumpen glücklich gefunden, industriell gefördert oder von Sklaven aus dem Schlamm gespült wurden. Ob der eingeschmolzene Goldstaub zertifiziert war oder nicht, ob er regulär gehandelt, von Gangstern geklaut oder vor den Nazis versteckt war, ob er den Steuerbehörden entzogen oder der Liebsten zur Hochzeit geschenkt wurde: Gold ist am Ende immer so rein und strahlend, dass jeder, der viel davon besitzt, selbst zu glänzen beginnt. Das ist wohl die wirkliche Alchemie des edlen Metalls.

Dort wo Gold zu finden ist, gibt es meist wenig Glanz und oft viel Elend. Als die UNO wissen wollte, weshalb Kriege, Chaos, Anarchie und Grausamkeiten im Kongo, oft ausgetragen von Kindersoldaten und hier meistens als «ethnischer Konflikt» abgetan, seit Jahrzehnten nicht aufhören, gab sie eine Untersuchung in Auftrag. Das Resultat überraschte die Auftraggeber: Am Ende dieser dünnen Blutspur, die von den Sklavenminen

im Kongo über Uganda nach Europa ins Tessin, vom Elend zu den Edlen führt, steht ein deutscher Philanthrop, ein Grandseigneur, bester Firmenadel, einer der Gutes tut: Dr. Jürgen Heraeus. Auch er hätte das wohl nicht geglaubt. Aber Gold ist eben raffiniert. Der Mann ist hochangesehener Präsident des deutschen Zweigs der Unicef, dem Kinderhilfswerk der UNO.

Ich werde sie jetzt nicht bitten, die Broschen und Eheringe im Banne des schlechten Gewissens am Ausgang abzugeben. Das Preisgeld für die Auszeichnung der Reportage «Unicef und Blutgold» der Autoren Federico Franchini, Hannes Grassegger und Daniel Puntas-Bernet ist bereits gesichert. Es ist eine höchst präzise journalistische Spurensicherung, die scheinbar lose Fäden zusammenführt. Für diese hervorragende Arbeit erhalten sie den Zürcher Journalistenpreis, den sie – hoffentlich reinen Gewissens – jetzt in Empfang nehmen können.

Hansi Voigt

Afrikanisches Blutgold schmelzen und Chef von Unicef Deutschland sein – kein Widerspruch?

Von Federico Franchini, Hannes Grassegger
und Daniel Puntas Bernet

Kann man Schuld messen?

Ja, man kann.

160 000 Tonnen schwer. Glitzernd. Pures Gold. Ein Würfel, etwas über 20 Meter Kantenlänge, das ist, zusammengetragen, all das Gold, das die Menschheit je gefördert hat. Darin steckt alles. Nicht nur Liebe, Ihr Hochzeitsring, das Namenskettchen für Ihr Kind, die Uhr am Handgelenk. Auch der Holocaust, die Inquisition, die Kreuzzüge stecken darin. Das verschwindet nicht, denn Gold geht so gut wie nie verloren. Es ist zu wertvoll. Fast nichts in dieser Welt wird so exakt dokumentiert. Jedes Gramm, jeder Zentimeter Wegpfad. Gold ist wie ein ewiger Speicher, ein Register seiner eigenen Geschichte. Aus den Minen in die Hände, um die Hälse, in den Mund, hinaus, immer weiter und weiter. Man spricht von Blutgold, wenn etwas daran nicht stimmt, wenn dafür getötet, geraubt und gefoltert wurde. Aber das ist falsch. Gold ist sauber. Das Blut klebt nicht am Gold, es klebt an den Händen der Täter. Gold wird gewaschen, immer wieder eingeschmolzen, vermengt, purifiziert. Am Schluss wird es raffiniert.

Die Raffination ist die Wäsche des Goldes. Die glühend heisse Reinigung, alles kommt hinein in die Öfen, vom nur grob vorgereinigten «Schmutzgold», an dem noch die DNA seiner Herkunft hängt, bis zu alten Schmuckstücken. Heraus kommen einheitliche Goldbarren. Die grösste Menge der besten Qualität strömt aus dem «goldenen Dreieck» im südlichen Tessin, das drei der weltgrössten Raffinerien beherbergt, die zusammen ein Drittel des Weltmarkts für 24-Karat-Feingold kontrollieren. Reinheitsgrad 99,99%, fast keine Spur von Schmutz. Rein, weil nichts darin mehr auf seine Geschichte verweisen soll. Damit es tauglich ist für die Lager der Banken, die Anleger und die Schmuckhersteller, soll es frei sein von aller Geschichte, aller Schuld. Eine Raffinerie ist das Tor zum Markt. Der Schmutz, der die Herkunft eines Metalls verraten würde, ist nach der Raffinerie hinausgewaschen. Aber nicht die Erinnerung.

Berlin, Café Einstein, November 2015

In der Ritterserie «Game of Thrones» wäre dieser Mann Lord Tywin Lannister, der silberhaarige, ruhige, stets strategisch denkende Patriarch einer der mächtigsten Familie im Reich. Aber jetzt ist er ins Zweifeln gekommen. «Sind wir nicht alle schuld am Unglück dieser Welt?», sagt Jürgen Heraeus und drückt an einem kleinen braunen Zuckerpäckchen herum. Klimawandel und Autofahren. Das machen wir doch alle, nicht wahr? Fleisch essen! Palmöl in Shampoos und die Urwälder Indonesiens, die für Palmöl-Plantagen gerodet werden. Ursache und Wirkung müssten nicht zusammenfallen, das weiss er. Ein Freund von ihm war kürzlich in Singapur, und die Luft war noch schlimmer als in Peking! Wegen all des Rauchs, der aus Indonesien herüberweht! Sein Blick ist gesenkt auf die weisse Tischdecke hier im Hinterzimmer des Cafés. Er pocht mit der Zuckerpäckchen auf die Untertasse. Hinter ihm ein sauber gerahmtes Foto von Bono, der ein Kind umarmt. Gibt es überhaupt so etwas wie Unschuld? Und wenn es keine Unschuld gibt, wo beginnt eigentlich Schuld?

Kurz nach dem Zweiten Weltkrieg stellte sich den Siegermächten in Nazideutschland eine ähnliche Frage. Sie waren auf ein Volk von Tätern gestossen, das fast geschlossen mitgemacht und zugelassen hatte. Fast 70 Millionen starben. Waren nicht alle Deutschen schuldig? Doch die Alliierten verstanden, dass es das weiterhin gibt, die Schuld des Einzelnen. Auch wenn die Lage kompliziert ist, die Befehlsketten lang sind. Und sie begannen, die Verantwortung zu suchen, in den Nürnberger Prozessen.

Unsere Geschichte beginnt mit einem schrecklichen Verbrechen und zwei Anrufen. Unser Fall ist ein Goldklotz von je 53 Zentimetern Kantenlänge, nur ein winziger Ausschnitt des grossen goldenen Klumpens. Unser Tatort ist ein kleines Schweizer Bergtal in der Mitte des «goldenen Dreiecks». Und Kongo.

Wir können das Verbrechen, eigentlich eine ganze Serie von Verbrechen gegen die Menschlichkeit, nicht in allen Details aufschreiben, weil uns Tränen die Augen füllen, wenn wir beschreiben sollen, wie eine Mutter versucht, sich und ihr Baby zu retten,

als die Truppen einmarschieren, ein Schuss ihr Bein trifft, sie stürzt, versucht, davonzurobben, ihr Kind!, und dann stürzen sich die Männer auf sie und zerhacken ihr Kind mit Macheten und dann sie, und dann zerfetzen die Kugeln die Familien, die sich zitternd zusammenkauern in den Hütten, und der Kommandant zieht durch die kleine Stadt und brüllt: «Niemand wird euch helfen kommen!», dann werden die Türen aufgestossen und weitere Maschinengewehrsalven abgefeuert, die Täter teilweise selber Kinder, noch nicht 15 Jahre alt. 200 Tote. Mindestens. Häuser voller Leichen. Geschändete Tote. Zu Tode gefolterte Alte. Vernichtungskrieg, Massenmord. Bogoro, Kilo, Songolo.

Immer wieder ereignen sich ähnliche Szenen in den Jahren 2002 bis 2004 in der Ituri-Region in Ostkongo, als die Rebellen des Front des Nationalistes et Intégrationnistes (FNI) die Stadt Mongbwalu erobern und dann die Wege, die von der Minenregion um Mongbwalu, der sogenannten Concession 40, nach Südosten führen, zur Grenze, zum Lake Albert, nach Uganda. Die Routen sind äusserst wichtig für die Miliz, die sich in dieser bitterarmen Gegend Munition und Waffen beschaffen muss, um durchzuhalten, im tiefsten Dschungel, wo es nichts gibt. Fast nichts. Ausser Gold.

Was für eine Schlachterei. Die Leute in Europa schütteln empört die Köpfe. Die dicklichen weissen Männer, die Wikipedia-Seiten füllen, schreiben im Brustton der Neutralität: «ethnischer Konflikt». Der Internationale Strafgerichtshof ermittelt nachher, jahrelange Prozesse. Antanzen müssen einzig Afrikaner, zur Tatzeit junge Männer, Kommandanten im Kampfanzug mit Namen wie «General Bosco» oder «Katanga», damals mit Kalaschnikow, heute mit Dolmetscher und Krawatte vor dem Richter in Europa. Sie wandern ins Gefängnis oder auch nicht. Der Krieg geht ohne sie weiter oder auch nicht. Sie sind nur das sichtbare Ende einer Befehlskette, deren Anführer in der Dunkelheit verschwinden. Niemand weiss wohin.

Unsere Geschichte beginnt mit zwei Anrufen, die ihre Empfänger überraschen.

Der erste Anruf geht an die Jägerin. Im März 2004 klingelt bei Kathi Lynn Austin das

Telefon. Am Apparat ist ein Vertreter des Uno-Sicherheitsrats. Austin jagt Kriminelle. Sie ist eine der intimsten Kennerinnen globaler Waffenschmuggler-Netzwerke. Kofi Annan hat ihr einst persönlich dafür gedankt, dem grössten Waffenhändler aller Zeiten, dem «Merchant of Death» alias Viktor Bout, das Handwerk gelegt zu haben. Hollywood plant, diese Geschichte zu verfilmen, Angelina Jolie ist für die Hauptrolle gesetzt. Austin ist damals schon 15 Jahre in Afrika unterwegs. Mitte der 1990er Jahre liess sie Frankreichs geheime Waffenlieferungen in den Bürgerkrieg Ruandas auffliegen. Normalerweise arbeitet Austin auf eigene Faust, doch der Anruf der grössten Organisation der Welt lässt das Herz der damals 44-Jährigen höher schlagen. Austin soll aufklären, warum die Kämpfe in Ostkongo nicht aufhören. Sie, die radikale Einzelgängerin in der Konfliktforscher-gemeinde, soll herausfinden, wer am Ende der kongolesischen Kette steht. Sie zögert keine Sekunde. Ohne es zu ahnen, nimmt sie in diesem Moment die Spur unseres Falles auf.

Der zweite Anruf geht an Dr. Jürgen Heraeus. Ein alter Freund ruft ihn an, Anfang 2008. Heraeus ist eine Lichtfigur. Das gute Gewissen der deutschen Industrie. Ein Unternehmer mit einem Ruf so tadellos, dass die «Frankfurter Allgemeine Zeitung» ihn mit dem Attribut «über alle Zweifel erhaben» adelt. Auch bei Heraeus geht es um die Vereinten Nationen. Genauer gesagt, um das Kinderhilfswerk Unicef. Er, der Industrielle alter Schule, Patriarch des Familienunternehmens Heraeus mit rund 15,5 Milliarden Euro Jahresumsatz, soll eine Non-Profit-Organisation retten, die unter Verschwendungsverdacht stehende deutsche Unicef-Sektion. Der Verein ist in einer existenziellen Krise. Die Spenden sind eingebrochen, man hat 37 000 Mitglieder verloren. Heraeus konsultiert seine Mutter, damals 96 Jahre alt. «Pass auf», sagt sie ihrem Sohn, «Du hast einen Namen zu verlieren.» Heraeus sagt trotzdem zu.

Im unendlichen Möglichkeitsraum von Lebenswegen gibt es manchmal zwei Leben, die an so völlig unterschiedlichen Stellen

beginnen, dass es ausgeschlossen scheint, dass sich ihre Bahnen jemals berühren. Dann aber gibt es Kräfte, die diesen Kurs so überraschend ändern, dass die zwei Leben beginnen, aufeinander zuzuschiessen wie zwei Projektile. So gradlinig, dass eine Kollision unvermeidlich scheint.

New York im Oktober 2015

Kathi Lynn Austin weiss manchmal nicht, wo sie gerade ist. «Nicht weil ich so vergesslich bin», sagt sie kopfschüttelnd, «sondern weil das hier gar nicht meine Wohnung ist.» Sie wühlt in der Schublade einer Kommode, um die Adresse zu finden für den Kurier. «Ich habe keine Wohnung.» Sie schaut sich suchend um in dem Apartment. Die Fenster sind offen, Wind pustet durch die weissen Jalousien im 16. Stock. Ein Art-déco-Fauteuil mit Holzrahmen und massiven Kissen. Auf dem Schrank links daneben stehen Familienfotos von Leuten, die sie nicht kennt. Die ihr die Wohnung überlassen, um sie zu unterstützen, wenn sie auf Durchreise vorbeikommt. Sie lebt fast wöchentlich in



Fotos: PEP BONET / Noor / Keystone

einem anderen Land. «Ich habe eigentlich gar nichts», sagt Austin und streicht sich durch die offenen langen braunen Haare. Keine Kinder, kein Haus. «Kürzlich musste ich sogar meinen lieben Assistenten ziehen lassen. Er wollte bleiben, aber ich konnte ihm keine Sicherheit bieten. Ich habe keine Ahnung, wie das Morgen aussieht. Und allmählich werden wir auch alle älter, nicht wahr?»

Austin ist 55, eher klein, ein winziges bisschen stämmig. Sie hat ein nettes, rundes Gesicht, trägt Jeans, Lederjacke, Hemd, ein Seidenhalstuch. Sie passt gut zwischen die sich jung shoppenden Society-Ladies hier im West Village, Manhattan. Aber vielleicht liegt das daran, dass ihr Look hier zufällig in Mode ist. Die Cowboystiefel, die sie immer trägt, weisen auf etwas anderes hin. «Ich bin ein Südstaatenmädchen», sagt sie. Ihr Vater war ein Arbeiter bei Philipp Morris, dem Hauptarbeitgeber in Virginia. Ihre Mutter ist eine Hausfrau, die sie mit 18 Jahren zur Welt brachte. «Ich bin auf einem Hof aufgewachsen. Die Erste in der Familie, die studiert hat. Das alles hier war nicht vorgesehen.» Sie findet die Adresse.

Berlin im November 2015

Dr. Jürgen Heraeus lädt in den Treffpunkt der deutschen Hauptstadt-Elite. Auf der Vorderseite, Unter den Linden, Deutschlands Champs-Élysées, wirkt das Café Einstein ein bisschen wie ein Starbucks. Hinten aber öffnen sich zwei Holzgetäfelte, mit Spiegeln behängte Salons voll weiss gedeckter Tische, an denen keiner sitzt, der nicht VIP ist. Politiker, Medienleute, Schauspieler. Heraeus wirkt wie ein Gentleman in seinen besten Jahren, hohe Stirn, halblange graue Haare, nach hinten gelegt, ein blau-weiss kariertes Hemd. Das Leben des 1936 in eine wohlhabende Familie Geborenen ist das Gegenteil von Kathi Austins Werdegang. Man kennt ihn aus Wirtschaftssendungen im Fernsehen, von weihnachtlichen Spendenaktionen für Unicef oder seit 2014, als man ihn berief, um den Lieblingsverein der Deutschen, den Allgemeinen Deutschen Automobilclub ADAC, von der grassierenden Korruption zu erlösen. Die Geschichte der Unternehmerfamilie Heraeus begann bereits 1660 mit einer Apotheke, 1851 begründete der Grossvater mit einem Platin-Schmelzverfahren den Aufstieg. Heute gehört Heraeus zu den zehn grössten

deutschen Familienunternehmen. Dr. Jürgen Heraeus arbeitet nicht allein, sondern thront als oberste, letzte Instanz, als Aufsichtsratspräsident, über den rund 190 Gesellschaftern der Heraeus Holding. Die wiederum steuern ein hundert Gesellschaften schweres Weltreich mit etwa 12 500 Angestellten. Der CEO ist sein Schwiegersohn. Prognosen analysieren säuberlich jede mögliche Zukunft des Technologiekonzerns. Dieser Mann kennt sein Morgen. Auch entwurzelt ist Heraeus keineswegs. Der Firmensitz ist weiterhin im braven Hanau. «Manchmal machen Kunden oder Vertreter anderer Firmen einen Witz, wenn sie zu uns an den Hauptsitz kommen. Andere Firmen würden sich alle paar Jahre einen modernen Glas-und-Stahl-Bau leisten», sagt Heraeus in weichem Hessisch und schmünzelt: «Da sag ich denen, dass mir unser alter Klinkerbau völlig ausreicht.» Wenn man ihn fragt, worauf er stolz ist, dann antwortet Heraeus, der es schaffte, aus einer Ansammlung von Firmen ein milliarden-schweres Konglomerat zu formen, nach einigem Überlegen: «Dass unsere fünf Kinder allesamt bescheiden geblieben sind. Bei uns zu Hause duschte keiner eine halbe Stunde lang.»

Nairobi im Juni 2004

Mitte 2004 begann Austins Uno-Experten-gruppe mit der Arbeit am Fall. «Wir hatten wenig Zeit», erinnert sich Austin. Die Aufgabe gefiel ihr dennoch. Es gibt etwas, das sie auf die dunkle Seite zieht, sie sagt, sie sei «süchtig nach Krieg» seit ihrem ersten Einsatz in Angola 1989. In Kongo war sie seit 1995 mehrmals, sie kennt die Region. Die bisher drei Kriege in Ostkongo sind einer der anhaltendsten und traurigsten Konflikte des afrikanischen Kontinents. Nach dem erneuten Beginn der Kämpfe im Jahr 1998 hat die Uno mehrere Reports zu den Ursachen publiziert. In den Jahren vor Austins Einsatz war die Presse, bis hin zur «Financial Times, voll von Berichten über die Rebellen, die trotz eines offiziellen Waffenstillstandes seit Mitte 2003 in der Ituri-Region, wo die Schlachtplätze rund um Mongbwalu liegen, hemmungslos plündern und morden. Laut Unicef wurden in Ostkongo in dieser Zeit 18 000 Kinder an die Waffen gezwungen. Die Medien berichten auch, dass die Rebellen sich mit Gold und Coltan finanzieren würden, was eigentlich durch ein Uno-Embargo unterbunden sein sollte.

Dieses verbietet nicht nur Waffenlieferungen in das Land, sondern jegliche Geschäfte, die Rebellen zur Finanzierung dienen könnten. Uno-Embargos sind geltendes Recht in allen Ländern, die zur Uno gehören. Keine Firma, kein Mitgliedstaat darf sie brechen.

Doch in Ostkongo herrschen Anarchie und Konfusion. Der Einstieg ist hart. «Zuerst mussten wir uns einen Überblick verschaffen. Austin und ihr Team wollen Lecks im Uno-Waffenembargo ausfindig machen. Sie flogen nach Uganda, nach Dubai und nach Kinshasa, in die Hauptstadt der demokratischen Republik Kongo. In der östlichen Ituri-Region erfährt das Team von einer auffälligen Konstante mitten im Chaos. Von einem Handelsnetzwerk, das seit Jahren stabil operiert, egal, wer gerade an der Macht ist.

«Ich kann mich nicht um alle Probleme dieser Welt kümmern», sagt Austin. «Fälle müssen drei Kriterien erfüllen, damit ich sie angehe: Sie müssen einen rechtlichen Präzedenzfall schaffen, eine wirklich grosse Auswirkung haben, und es muss sich danach etwas grundsätzlich verändern.» Sowas ist am Anfang nicht leicht abzuschätzen. Doch in Kongo befahl sie der Verdacht, dass sie es mit einer grösseren Sache zu tun habe. Ein Leiden, das immer andere Symptome zeitigte, aber auf einem einzigen Erreger beruhte. Wenn bei Kathi Lynn Austin der Jagdinstinkt erwacht, gibt sie nicht so schnell auf. Fast zwei Jahrzehnte dauerte es, Viktor Bout vor Gericht zu bringen. «Sobald ich anfangen zu ermitteln, entstehen hier drin Netzwerke aus Hunderten von Namen.» Sie zeigt auf ihren Kopf. «Bei der Recherche geh ich erst in die Breite, dann wende ich meine Kriterien an – und definiere mein Ziel.» Sie nimmt einen Stift vom Tisch, zeichnet eine Pyramide. «Nehmen wir ein Rhino-Horn-Kartell. Das unterste Level sind die Wilderer. Sie sind ersetzbar wie Strassen-Dealer. Darüber sitzen lokale Gangster. Die beziehen Helikopter und Waffen sowie Logistik vom nächsthöheren Level. Darüber stehen immer nur zwei: korrupte Politiker im einen oder anderen Land. Und dann kommt der Saubermann. Der Kopf einer Firma, anderswo, beispielsweise in Europa. Eine Firma, die eigentlich von etwas ganz anderem lebt.» Sie hält kurz inne: «Wenn es eine Gemeinsamkeit zwischen all

den Schmugglernetzwerken gibt», sie klopft mit dem Kugelschreiber auf die Spitze der Pyramide, «dann die, dass es immer einen sauberen Player geben muss.» Der ist ihr Ziel.

Der Spitzenmann

Nach seinem Eintritt bei Unicef strebte Heraeus bald den Vorsitz an. Heraeus macht sich daran, den Verein mit 110 Mitarbeitern wieder auf die Beine zu bringen. Erfolgreich.

«Beim Antritt sagte man mir: ‹Sie sind ein Mann der Wirtschaft – wir aber sind ein ethischer Verein.› Unicef operierte frei nach dem Motto ‹Weil wir Gutes tun, müssen wir nicht organisiert sein› – das habe ich geändert.» In seinem Heimatland steht Jürgen Heraeus für den alten Traum vom gütigen Firmeninhaber, der mit wohlwollendem Blick über die Blaumänner an seinen Fließbändern wacht. Jürgen Heraeus übernimmt im Jahr 1983 die Geschicke des Familienimperiums. Er ist ein Mann der Tat und formt aus dem losen Firmenkonglomerat einen Stolz der deutschen Industrie, eines der zehn grössten Familienunternehmen des Landes, einen zugkräftigen Konzern, orchestriert von der Heraeus Holding GmbH, die dafür sorgen soll, dass sich die einzelnen Firmen in Familienbesitz gegenseitig nützen. Aktiv ist die Gruppe vor allem in den Bereichen Technologie und Edelmetalle. Und der Patriarch ist über alles informiert: Die Compliance-Verantwortlichen aus jedem Unternehmen berichten an den zentralen Compliance-Officer, der wiederum ihm unterstellt ist. 2000 wird Jürgen Heraeus Aufsichtsratsvorsitzender der Holding. Wie sehr er noch die Geschicke lenkt, zeigt sich darin, wenn er zum Firmenchef machte: Schwiegersohn Jan Rinnert. Dass diese Firma einen eigenen Firmen- und Familienkodex für ethische Geschäftsführung aufgestellt hat, erstaunt nicht. Gleichwohl ist Heraeus beeindruckt, als er bei Unicef erlebt, wie intensiv Firmen, die spenden und das Unicef-Logo verwenden wollen, bis ins letzte Detail untersucht werden. «Es sind oft intensivere Untersuchungen als die, die wir in Unternehmen durchführen, wo man auf der Suche nach Finanzierung doch eher ein Auge zudrückt.» Auch hat das Hauptquartier von Unicef in New York nach Korruptionsvorwürfen sofort zwei Komitees in Osteuropa geschlossen. «Das Unicef-Logo dürfen nur Spender benutzen, die bis in den letzten Winkel überprüft worden sind.»

Auch der Schweizer Konzern Nestlé befindet sich auf der schwarzen Liste: «Die teilweise aggressive Werbung für Babymilchpulver widerspricht der Unicef-Empfehlung an Mütter auf der ganzen Welt, möglichst lange zu stillen.»

Spuren auf Papier, Ituri-Region 2004/5

Kathi Lynn Austin liebt die Spurensuche. «Sobald ich mein Ziel habe, folge ich seiner Spur aus Papier. Ich versuche, eine lückenlose Dokumentation eines Geschäftsvorganges zu erstellen. Das habe ich in Washington gelernt, in den 1980ern, als Recherche-Assistentin beim National Security Archive, einem Netzwerk von Investigativ-Journalisten, einer Art Wikileaks-Vorläufer.» Eigentlich wollte sie eine Enthüllungsjournalistin werden. Stattdessen wurde sie ausgebildet zur Trapperin im Dokumentenschungel. Die junge Studienabbrecherin wurde auf geheime Waffenverkäufe der USA an Iran, die ‹Iran-Contra›-Affäre angesetzt. US-Geheimdienste operierten damals mit Scheinfirmen, ähnlich wie im Agentenklassiker ‹Die drei Tage des Condor›. Dass sie sich vor allem auf Unternehmen konzentriert, unterscheidet Austin von vielen NGO-Rechercheuren. Unternehmen sind diesen oft zu heikel. Sie schliesst die Fenster des Apartments. «Aus Angst vor teuren Klagen trauen die sich da nicht ran. Daher arbeite ich oft allein oder suche mir für Teilstrecken Partnerorganisationen.»

Diesmal aber ist sie bei der grössten aller Organisationen, der Uno. Sie kann aus dem Vollen schöpfen. Ihren ersten Report veröffentlicht die Expertengruppe im Juli 2004, der zweite folgt im Januar 2005. Darin erscheint der Name eines gewissen Dr. Kisoni, eines ehemaligen Tierarztes, der im immer wieder aufflackernden Krieg in Ostkongo mittlerweile eine lukrativere Beschäftigung gefunden hat.

Noch während der zweite Report zu zirkulieren beginnt, ist Austin schon wieder unterwegs, verstärkt durch einen Schweizer Finanzexperten, den sie sich dazugeholt hat. Sie hat ihr Ziel gewählt. Sie folgt der Spur von Dr. Kisoni. Er betreibt mit einem kleinen geleastem Antonow-Transportflugzeug einen florierenden Handel zwischen den Rebellengebieten und Mittelsmännern, die nahe der Grenze zu Uganda in der Stadt Butembo sitzen. Fast das gesamte Gold der vom FNI besetzten Minenstadt fliesst durch die Hände

von Kisoni, weil er laut Report oft der Einzige ist, der den Lokalflygafen Mongbwalus anfliegen darf. Die Erlaubnis hat Kisoni direkt vom vor Ort stationierten FNI-Chef Floribert Ndjabu. Wenn seine Maschine landet, bringt sie den Rebellen Waren aller Art. Und wenn sie ausfliegt, hat sie meist Gold im Gepäck. Weil die erwachsenen Männer mit dem Kämpfen beschäftigt sind, müssen häufig Kinder das Gold für die Rebellen aus den Lehmlochern holen. Bewacht von Kindersoldaten. Ihr Lohn ist es, nicht erschossen zu werden. Dr. Kisoni fliegt fast täglich runter ins südliche Butembo, wo er das Gold umschmelzen und von Vertrauensleuten in Ugandas Hauptstadt Kampala schaffen lässt. Dort verkaufen sie sein Edelmetall vor allem an eine Firma: Uganda Commercial Impex, kurz UCI. Die grösste Goldhandelsfirma Ugandas.

«Dieses Gold war mehrfach illegal», erklärt Austin. «Einerseits durfte es nach kongolesischem Recht ohne staatliche Lizenz weder gefördert noch gehandelt werden.» Aber um derartige Lizenzen scherte sich damals in der Kriegsregion niemand. «Zudem verletzt der Goldhandel das Uno-Waffenembargo, weil er die Rebellen finanziert. Und damit ist es ein Kriegsverbrechen.» Austins Team folgt der Spur weiter, spricht mit UCI-Vertretern, Zollstellen und fragt die Nationalbank Ugandas nach Beweismaterial.

Uganda ist in den Jahren des Krieges im westlichen Nachbarland zum wichtigsten Abnehmer kongolesischen Goldes geworden. Der Rohstoffreichtum Ostkongos war ein wichtiger Grund für den Einmarsch und Verbleib ugandischer Truppen in Kongo bis 2003. Über den Zusammenhang zwischen Kriegsführung und Rohstoffhandel sind zwischen 2000 und 2005 Hunderte von Artikeln in der lokalen, frankophonen und englischsprachigen Presse erschienen. Auch in der Schweiz. Das Phänomen ist in der globalen Rohstoff-Industrie bekannt, die es in Branchenzeitschriften ausführlich diskutiert.

Unterstützt wird der Goldfluss aus Kongo durch ein Mitte der 1990er Jahre erlassenes kongolesisches Gesetz, das es ugandischen Goldhändlern erlaubt, auf einen Nachweis der Herkunft des Goldes zu verzichten. Ab dem Moment des Ankaufs durch den ugandischen Händler wird das Gold ein legales Gut, sauber gewaschen für den Weltmarkt. Denn gegen Uganda gibt es kein Embargo, von



Die Schweizer Grossbank UBS will einen grossen Anteil an ihrer Goldraffinerie im Tessin veräussern. Heraeus nutzt die Gunst der Stunde und steigt ein. Fortan trägt das Unternehmen sogar den guten Namen seiner Familie: Argor-Heraeus. Hauptsitz ist Mendrisio, eine kleine Stadt im Tessin, nahe der italienischen Grenze. Eine delikate Branche. Heraeus hat Erfahrungen mit schwierigen ethischen Entscheiden bei seiner eigenen Holding: «Wir haben mit dem Apartheid-Regime Geschäfte gemacht, doch was wäre die Alternative gewesen? Wir konnten wählen zwischen Sowjetunion und Südafrika. Die Sowjetunion, das ging damals auch nicht. Und aussteigen hätte ein paar tausend Arbeitsplätze gekostet.» Auch das Beispiel der Coltan verarbeitenden Industrie veranschauliche dies: «Wenn man das Spitz auf Knopf macht, dann gäbe es keine Kondensatoren, keine Handys», sagt Heraeus.

Demokratische Republik Kongo im Juli 2005

Im dritten Report der Expertengruppe kann Austin endlich eine komplett belegte Lieferung aufführen. Ab jetzt gibt es einen Präzedenzfall für das Leck im Embargo. «An der Spitze dieser Pyramide sass eine britische Firma namens Hussar Limited, die in Jersey basiert war, einer Steueroase im Ärmelkanal, die als Kronbesitz direkt dem Königshaus gehört. Aber Hussar war nicht der Saubermann», sagt Austin. Die Dokumente zeigen, wie Gold im Wert von 1,3 Millionen Dollar aus der Ituri-Region nach Kampala an die UCI verkauft wird, dort wird es von Hussar Ltd aufgekauft. Hussar wird geleitet von Jonathan Graff, einem Geschäftsmann, der 1997, kurz nach Beginn des ersten Kongo-Kriegs, im Auftrag des Rohstoffbarons Marc Rich in die Kriegsregion reist, um die Möglichkeit lukrativer Deals zu sondieren. Allerdings entdeckt Rich, dass Graff versucht, ihn zu hintergehen. Rich verklagt Graff in England dafür. Graff wird verurteilt. Daraufhin macht er sich selbständig und beginnt, auf eigene Faust zu handeln. Er kauft sein Gold in Uganda und schickt es in Raffinerien, um es zu handelsüblichen hochreinen Barren verarbeiten zu lassen. Das Gold bleibt in seinem Besitz, kann aber nach der Reinigung lukrativ weiterverkauft werden, an Banken, Investoren, Privatleute. Graff ist gebürtiger Südafrikaner. Jahrelang sendet er seine Ware an

hier darf jeder Gold kaufen. Die ugandische «Liberalisierung des Goldhandels» wird zur Grundlage für ein statistisches Phänomen. Uganda führt seit Ende der 1990er wesentlich mehr Gold aus als es importiert oder selber produziert. Das Land wird zur Drehscheibe für Gold, das aus dem Nichts zu kommen scheint. So gross ist der Gold-Boom, Gold wird das dritt wichtigste Importprodukt eines an sich goldlosen Landes. Kathi Lynn Austin findet Statistiken der ugandischen Nationalbank, welche die Exporte aus Uganda aufzeigen: Offiziell wurden 2004 rund 7,3 Tonnen Gold aus- und nur 1,4 Tonnen eingeführt. Austin vergleicht dies mit den Büchern des grössten ugandischen Goldhändlers UCI, welcher schätzt, dass 90 Prozent seines Goldes aus der kongolesischen Ituri-Region kommen. Diese Ware ist Blutgold. Allein hier findet Austin fast vier Tonnen davon für 2004. Zusammen mit den anderen grossen Händlern, schätzt ihr Schweizer Finanzexperte, kommen so rund sechs der sieben Tonnen ugandischer Exportware in Wahrheit aus Kongo.

Von Uganda aus fliesst das Gold vor allem in ein Land: in die Schweiz. Der Goldhandel ist so massiv in dieser Zeit, dass die Schweiz zwischenzeitlich der Haupthandels-

partner Ugandas wird. Dann platzt eine Bombe: Im Mai 2005 veröffentlicht Human Rights Watch eine Studie mit dem Titel «The Curse of Gold» über die Plünderung Kongos. Austins Handelswege werden belegt, auch ihre Expertengruppe wird zitiert. Weltweit berichten die Medien. Human Rights Watch nennt als Abnehmer Metalor, eine der grossen Gold-Raffinerien der Schweiz als Importeur des Blutgoldes. In der Schweiz ist die Hölle los. Unternehmensvertreter von Metalor geloben Läuterung und geben an, sie hätten nichts von der wahren Herkunft des Goldes gewusst. Doch Austin ist auf einer zweiten Spur. Ihr fehlt nur noch ein Zwischenglied. Dummerweise aber hat der NGO-Report ihr Grosswild aufgescheucht. Sie muss sich beeilen.

Nichts kennt er besser als Gold

Wenn man Dr. Jürgen Heraeus fragt, in welchem Bereich seines Weltkonzerns er sich am besten auskenne, was er von der Pike auf verstehe, dann sagt er: Gold. Zeitweilig war er sogar Präsident der Deutschen Gesellschaft für Materialkunde. 1986 bietet sich dem noch neuen Gruppenchef eine Chance, im Goldgeschäft stärker Fuss zu fassen.

die südafrikanische Rand Refinery. Mitte 2004 aber endet die Geschäftsbeziehung überraschend. «Wir haben Rand kontaktiert, und die erzählten uns, dass Graff sich nicht an neue, strengere Auskunftspflichten halten wollte. Rand behauptete, ihm daher gekündigt zu haben.»

Graff hatte bereits einen neuen Partner. «Schon im April 2004», sagt Austin, «hat Graff bei einer Raffinerie angefragt, deren Dienste er schon 1999 einmal nutzte: Argor-Heraeus.» Ihrem Sorgfaltsverfahren folgend, informierte sich Argor Heraeus über den potenziellen Kunden und über die Herkunft des Materials. Und zwar beim Auftraggeber. Hussar erklärt, dass das Gold, das er nach Mendrisio schicken möchte, von der Uganda Commercial Impex stamme, «einer herausragenden staatlichen Gesellschaft, die seit vielen Jahren mit Gold und nur innerhalb der Legalität handelt». Argor Heraeus nahm den Auftrag an. Das belegen auch Austins Papiere: Argor-Heraeus erhielt von Graff das vermutliche Blutgold zur Verarbeitung. Und zwar in mehreren Lieferungen. So steht es unwidersprochen in Austins Uno-Report. Erst am 3. Juni 2005 beendet die Raffinerie die Zusammenarbeit mit Hussar, angeblich, nachdem sie «aus der Presse von Unregelmässigkeiten in der Region mit Konsequenzen für den Goldhandel» erfahren hat.

Warum Graff zu einer Firma wechselte, die als eine der teuersten gilt? «Die sauberen Schweizer übernahmen die Drecksarbeit. Das kostet eben. So macht man Geld. Der Saubermann in dieser Branche sind die Raffinerien», sagt Austin. Die Raffinerien haben in der Goldwelt eine entscheidende Machtposition. Nur sie können Gold aus den verschiedenen Quellen und Zuständen zu einem gleichförmigen, handelbaren Produkt machen. Ohne sie geht nichts. Wenn Raffinerien bestimmtes Gold nicht annehmen, bleibt es billiges «Schmutzgold». Wie sich die Raffinerie entscheidet, bestimmt somit, welches Gold überhaupt abgebaut wird. Und die Schweiz ist das Nadelöhr. In keinem Land wird so viel Gold verarbeitet, zwischen 40 und 70 Prozent der Weltproduktion. Die Schweiz ist die Goldwaschanlage der Welt.

Mit dem Report im Juli 2005 ist Kathi Lynn Austins Uno-Mission abgeschlossen. Ihre letzte Empfehlung ist eine Sanktionsliste. Darauf stehen neben Kisoni und UCI auch Hussar und der Saubermann – Argor-Heraeus.

Die Hand am Barren

1996 übernimmt Dr. Jürgen Heraeus im Tessin die Führung als Verwaltungsratspräsident der Argor-Heraeus. Verwaltungsratspräsidenten in der Schweiz sind aktive Strategen, die operativ mitwirken. Wie wichtig Heraeus die Raffinerie ist, zeigt sich bald. 1999 erwirbt er die Firma komplett. Kurz darauf bringt er die deutsche Commerzbank ein, später auch die Österreichische Nationalbank mit der Tochterfirma Münze Österreich. Er kontrolliert Argor damit auf mehreren Ebenen: als Miteigentümer, als Präsident und via Hanau. Als Jürgen Heraeus dort im Jahr 2000 die Geschäftsführungsrolle abgibt, streicht der damals 64-Jährige keineswegs die Segel, sondern wird zum Vorsitzenden des Aufsichtsrates der Heraeus Holding Group. 2000 ist ein glückliches Jahr. Dr. Jürgen Heraeus erhält das Bundesverdienstkreuz, die offizielle Anerkennung Deutschlands für seine Leistungen. Seine Raffinerie gehört zur Weltspitze, verarbeitet pro Jahr mehrere hundert Tonnen Gold, Teile davon fließen in die Tresore der Commerzbank. Heraeus, dieser Name ist ein Reinheitsbeweis. Bei anderen steht der Name auf dem Klingelschild, bei ihm steht er auf den Tausenden Goldbarren, die aus seiner Tessiner Raffinerie strömen: «Heraeus 999,9». Fast ganz sauber.

Viva Helvetia!

Der UN Security Council beginnt nach Austins Empfehlung, über die Sanktionen zu diskutieren. Argor-Heraeus argumentiert, nichts gewusst zu haben von der ursprünglichen Herkunft des Goldes. Kathi Lynn Austin erinnert sich: «Das Besondere an diesem Fall ist, dass ich spürte, wie innerhalb des Security Councils Druck ausgeübt wurde. Es gab machtvolle Parteien, die miteinander rangen.» Solche Verhandlungen sind geheim. Ein Wikileaks-Dokument zeigt den Streit zwischen England und Frankreich über die Sanktionen. Während die Franzosen die Vorschläge unterstützen, versuchen die Engländer, Hussar und Argor-Heraeus aus dem Visier zu nehmen. Auch die Schweiz schaltet sich ein. Ein Grossteil der Luxusgüterindustrie – drittgrösster Wirtschaftsbereich der Schweiz – benötigt Gold. Es steckt in unseren Eheringen, Ohringen und Armbanduhren. Der Vertreter der Schweiz bei der Uno, Peter Maurer, heute Chef des Roten Kreuzes, setzt sich für



Argor-Heraeus ein. Und wie es der Zufall will, ist der damalige Sonderberater für Sport im Dienste von Entwicklung und Frieden bei den Vereinten Nationen, Ex-Bundesrat Adolf Ogi, im Verwaltungsrat von Argor-Heraeus. Es gibt zwar keine Informationen darüber, ob er sich für sein Unternehmen einsetzte, aber Ogi war ein Mann, über dessen diplomatisches Potenzial der frühere Uno-Chef Kofi Annan einst notierte, er hätte mit nur einem Telefonat eine internationale Krise zwischen Deutschland und den USA beilegen können. 2007 dann das Ergebnis: Sanktioniert werden nur Afrikaner, darunter Rebellenführer und Dr. Kisoni Kambale. Aber der wird sowieso bald ermordet aufgefunden. Kathi Lynn Austin scheint gescheitert.

Berlin 2015

Heraeus erinnert sich. «Eine Dame bei der Uno hat sich offensichtlich masslos geärgert darüber, dass Argor-Heraeus da entlastet wurde.» Kennengelernt hat er sie nie. «Bei den Vorwürfen gegen das Unternehmen 2005 ging es um zwei kleine Aufträge im Wert von 38 000 Franken.» Seine Sätze werden kürzer. «Zwei Mini-Aufträge, die durchgerutscht sind. Es war Gold, das wohl nicht ganz sauber war, weil es wahrscheinlich aus einer Mine unter Rebellenführung stammte.» Er schaut auf seine Kaffeetasse. Bevor kongolisches

Gold durch das Land strömte, war Uganda eine harmlose Kaffeebohnennation irgendwo in Afrika. «Wenn die Konsequenzen geahnt worden wären, wäre das Geschäft nicht abgewickelt worden.» Er schüttelt den Kopf. Immerhin brachte er seine Erfahrungen in den humanitären Posten ein. Bei der Präsentation des Unicef-Geschäftsberichtes 2008 weist Jürgen Heraeus auf das vergessene Leid der Kinder in Kongo hin.

Nach dem Rückschlag 2007 macht Kathi Lynn Austin in den folgenden Jahren allein weiter. «Ich wollte mich nicht so einfach zufriedengeben. Es geht um internationale Kriminalität. Nur weil die Uno sie nicht sanktioniert, ist nicht alles vergeben. Es bestand in meinen Augen eine rechtliche Pflicht der Schweiz und des UK, diese Straftaten zu verfolgen», erklärt sie. «Also traf ich mich immer wieder mit UCI in Kampala. Ich war vielleicht zwanzigmal dort in diesen Jahren.» Und UCI beginnt, mehr Dokumente an Austin zu liefern. 140 Lieferpapiere sammelt Austin. Ihr wird klar: Die im UN-Report angeführte Menge ist die Spitze eines Eisbergs. UCI erklärt ihr, jeder Lieferung einen Frachtschein beigelegt zu haben. Inklusiv echter Herkunftsangabe, was rechtlich vorgeschrieben ist. Auf jedem Lieferschein, den Austin sich ansieht, steht immer wieder: Herkunftsland Demokratische Republik Kongo. Sie glaubt immer mehr, belegen zu können, dass Mitarbeiter von Argor-Heraeus über die echte Herkunft des Goldes durchaus Bescheid wussten.

Das Jahr 2013 beginnt eigentlich exzellent für Dr. Jürgen Heraeus. Sein Unternehmen Argor-Heraeus wird von einem wichtigen Branchenverband als Barrenhersteller des Jahres ausgezeichnet. Dann gibt der Verwaltungsratspräsident der Schweizer Aktiengesellschaft sich noch höchstpersönlich die Ehre, einen Entwicklungsschub zu feiern. Das Geschäft brummt. Am 25. Mai 2013 zerschneidet er das goldene Band, eine neue Raffinerie ist eröffnet. Bald darauf tritt er von seinem Posten ab, um sich auf seine Aufsichtsratsposition in Hanau zu konzentrieren. Immer wieder hat er in der Vergangenheit gesagt, dass der grösste Fehler eines Familienunternehmers sei, nicht zu wissen, wann er loslassen müsse. Wieder einmal zeigt sich Jürgen Heraeus seiner Situation bewusst. Dann kommt der Knall. Am 31. Oktober 2013 reicht Kathi Lynn

Austin zusammen mit zwei NGO Klage ein. 2950 Kilo Gold soll Argor-Heraeus zur Weiterverarbeitung zwischen Juli 2004 und Mai 2005 von Hussar angenommen haben, das entsprach zum damaligen Zeitpunkt etwa 48 Millionen US-Dollar Sachwert. Zum Vergleich: 12,2 Milliarden Euro war der Wert aller Edelmetalle, die die Heraeus-Firmengruppe 2014 handelte. Inklusiv Gold. Austin hat alles lückenlos dokumentiert. Von den traurigen Minenlöchern Afrikas bis in die Schweiz. Die Anschuldigung: Gehilfenschaft zu Kriegsverbrechen durch Plünderung und Geldwäsche. Die Bundesanwaltschaft nimmt die Klage so ernst, dass die Polizei am 4. November in Mendrisio eine Hausdurchsuchung bei Argor-Heraeus durchführt.

Heraeus dazu: «Dass die Schweizer Staatsanwaltschaft überhaupt ermittelt hat, lag wohl auch daran, dass man zeigen wollte, dass man aufgrund des wachsenden Drucks gegen den Finanz- und Rohstoffhandelsplatz Schweiz aus Regierungssicht etwas tut.» Doch das Problem ist grundsätzlicher Natur. «Es gibt keine Möglichkeit in dieser Branche, sauberes Gold zu raffinieren. Der Uhrenhersteller Rolex hat deswegen wiederholt angefragt und würde mehr bezahlen, wenn Argor-Heraeus das garantieren könnte. Geht aber nicht. Das Unternehmen raffiniert beispielsweise auch Gold von Zentralbanken, das ist alt, es ist nicht mehr nachvollziehbar, woher das stammt.»

Im Café Einstein liegt die finale Antwort der Bundesanwaltschaft vom März 2015 auf dem Tisch vor Jürgen Heraeus. Argor-Heraeus wird vom Verdacht auf Geldwäsche und Gehilfenschaft zu Kriegsverbrechen befreit. Die Klage wird eingestellt. Die Bundesanwaltschaft hält fest, dass Argor-Heraeus 2950 Kilogramm Rohgold aus Uganda tatsächlich bezogen hat. Der Bundesanwalt schreibt: «Argor-Heraeus leistete somit objektiv Hilfe zu den vor Ort in Ituri begangenen Kriegsverbrechen.» Das Unternehmen «hätte allein anhand der bereits in 2004 zur Verfügung stehenden NGO- und UN-Berichte wissen können, dass das aus Uganda angelieferte Rohgold mit grösster Wahrscheinlichkeit im Ost-Kongo geplündert wurde und zur Finanzierung des Konflikts diente.» Immerhin war Hussar schon im Januar 2005 in Austins Report als Embargobrecher genannt worden. Und weiter: «Die Angaben der

UCI und Hussar zur Herkunft des Goldes ... hätten auf Seiten der Argor-Heraeus Zweifel hervorrufen müssen ... Insbesondere hätten die Verantwortlichen anhand der konkreten Anhaltspunkte, dass das Gold nicht aus Uganda selbst stammte, dessen Herkunft abklären und dabei sicherstellen müssen, dass es nicht aus einem Verbrechen herrührt ... Sie unterliess Abklärungen zur Herkunft des Goldes, obwohl das hausinterne Reglement dies bei Zweifeln zur Herkunft von Schmelzgut (...) forderte ...» Eingestellt werde die Klage nur, weil nicht nachweisbar sei, dass irgendjemand in der Firma Zweifel gehegt habe am ugandischen Gold.

Das Schreiben auf dem Tisch scheint Jürgen Heraeus zu überraschen. Gelesen hat er es nicht, es war ja ein Freispruch, dachte er. Doch wie das Urteil und zahlreiche Berichte über immer weitere Geschäfte mit blutigem Gold in der Schweiz belegen, verursacht die Goldwäscherei viel Unglück.

Angesichts der sich häufenden Enthüllungen könnte er, Heraeus, sich einen radikalen Schritt vorstellen, «bevor man was angehängt bekommt». «Wenn Goldverarbeiter unentwegt angeklagt werden, unsaubere Geschäfte zu machen, wenn der Reputationschaden zu gross wird, sollte man sich überlegen, aus dem Geschäft auszusteigen.»

In New York sitzt Kathi Lynn Austin konsterniert über ihren Papieren. «Ich wusste gar nicht, dass dieser Mann hinter der Schweizer Firma der Unicef-Chef Deutschland ist. Das ist ... irgendwie unethisch.» Sie überlegt. «Man könnte noch mal klagen.» Sie spricht von Belegen. «Aber ich habe grade so viel zu tun. Das grosse Rhino-Horn-Schmugglerkartell, der Fall in Mauritius, ... ich muss schauen, wann ich dazu komme.» Jürgen Heraeus hat noch mal Glück gehabt. Austin kann nicht den Don Quijote spielen. Nicht jetzt.

Diese investigative Reportage ist eine Team-Arbeit: Unser französisch schreibender Kollege Federico Franchini hat mit seiner Dossier-Kennntnis den Stein ins Rollen gebracht, Barbara Hoffmann aus dem Tessin hat übersetzt und *Reportagen*-Autor Hannes Grassegger schliesslich die Gespräche in New York und Berlin geführt. Unterstützt wurden wir dabei von der Rudolf-Augstein-Stiftung.

Bisherige Preisträgerinnen und Preisträger

1981	Hugo Bütler, Peter Frey, Urs P. Gasche	1992	Hans Caprez, Christine Fivian-Isliker, Erwin Koch, Patrik Landolt, Linus Reichlin, Mix Weiss, Nadia Bindellam, Regula Heusser (Swissairpreis)
1982	Caroline Ratz, Jonn Häberli, Wilfried Maurer, Hans Moser, Edmund Ziegler	1993	Thomas Burla, Antonio Cortesi, Sepp Moser, Kaspar Schnetzler, Walter Sturzenegger, Barbara Suter, Edith Zweifel, Peter Pfrunder (Swissairpreis)
1983	Andreas Kohlschütter, Gisela Blau, Gottlieb F. Höpli, Peter Meier	1994	Herbert Fischer, Peter Haffner, Stefan Keller, Willi Wottreng, Brigitte Hürlimann (Swissair- preis), Giorgio von Arb (Swissairpreis)
1984	Dieter Bachmann, Georg Gerster, Anna-Christina Gabathuler	1995	Erwin Haas, Erwin Koch, Herbert Cerutti, Regula Heusser-Markun, Richard Stoffel, Martin Frischknecht (Swissairpreis)
1985	Margrit Sprecher, Herbert Cerutti, Arthur K. Vogel	1996	Irène Dietschi, Lukas Lessing (Text), Ute Mahler (Bild), Bernard Senn, Ronald Sonderegger, Peer Teuwsen (Text), Reto Klink (Bild), Peter Sidler (Text) Swissair- preis, Daniel Schwartz (Bild) Swissairpreis
1986	Markus Mäder, Verena Eggmann, Hans Caprez Klaus Vieli, Benedikt Loderer	1997	Pia Horlacher, Thomas Meister, Bruno Ziaud- din, Finn Canonica (Swissairpreis)
1987	Christian Speich, Jürg Frischknecht, Martin Born	1998	Fredi Lerch, Christoph Keller, Christoph Neidhart, Alfred Schlienger, Peter Haffner (Swissairpreis)
1988	Werner Catrina, Barbara Vonarburg, Christoph Neidhart	1999	Daniel Ganzfried, Brigitte Hürlimann, Beat Kappeler, Bernhard Raos, Urs Rauber Werner Lüdi (Swissairpreis)
1989	Beat Allenbach, Hansjörg Utz, Rolf Wespe Alois Bischof, Niklaus Meienberg, Jürg Rohrer		
1990	Ursula Binggeli, Colomba Feuerstein, Urs Haldimann, Toni Lanzendörfer, Josef Rennhard, Al Imfeld, Stefan Keller Hedi Wyss, Hanspeter Bundi		
1991	Peter Hufschmid, Christoph Keller, Christina Karrer, Ernst Hunziker, Guerino Mazzola, Isolde Schaad		

2000

Beat Kraushaar, Martin Meier, Irena Brezná,
Nicole Müller, Richard Reich, Miklós Gimes
(Swissairpreis)

2001

Martin Beglinger, Alexej Djomin, Andri Bryner,
Lisbeth Herger, Rahel Stauber, Urs Rauber,
Oswald Iten (Swissairpreis)

2002

Jürg Ramspeck (Gesamtwerk), Jürg Rohrer
(Alltag / Kleine Form), Arthur Rutishauser,
Patrik Landolt, Stephan Ramming,
Anna Schindler, Georg Seesslen, Ursula von
Arx, Peter Ackermann

2003

Margrit Sprecher (Gesamtwerk),
Daniel Germann (Alltag / Kleine Form),
Michael Marti, Bernhard Odehnal,
Cornelia Kazis, René Staubli

2004

NZZ Auslandredaktion (Gesamtwerk),
Daniele Muscionico (Alltag / Kleine Form),
Bruno Vanoni, Andreas Schürer,
Markus Schneider, Jean-Martin Büttner

2005

Manfred Papst (Alltag / Kleine Form),
Thomas Angeli, Daniel Benz,
Rico Czerwinski, Nico Renner, Meinrad Ballmer,
Marco Zanchi

2006

Peter Baumgartner (Gesamtwerk),
René Brunner (Alltag / Kleine Form),
Peer Teuwsen, Karin Wenger,
Christoph Scheuring, Hansi Voigt,
Ursula Gabathuler

2007

Karl Lüönd (Gesamtwerk),
Charlotte Jacquemart, Daniel Hug,
Bruno Ziauddin, Christian Schmidt,
Gabrielle Kleinert, Marcel Hänggi

2008

Rainer Stadler (Gesamtwerk), Constantin Seibt
(Zeitung), Anja Jardine (Zeitschrift), Daniel
Ryser (Nachwuchs)

2009

Bernard Imhasly (Gesamtwerk), Catherine Boss,
Martin Stoll, Karl Wild (Zeitung), Roland Bingis-
ser (Zeitschrift), Dinu Gautier (Nachwuchs)

2010

Balz Bruppacher (Gesamtwerk), Viktor Dam-
mann (Zeitung), Mathias Ninck (Zeitschrift),
Christian Kündig und Lukas Messmer (Nach-
wuchs)

2011

Michael Meier (Gesamtwerk),
Dagmar Appelt, Katharina Baumann (Zeitung),
Otto Hostettler, Dominique Strebel (Zeitschrift),
Maurice Thiriet (Nachwuchs)

2012

Gion Mathias Cavelti (Zeitung),
Daniel Ammann (Zeitschrift), Julia Hofer
(Zeitschrift), Joel Bedetti (Nachwuchs)

2013

Köbi Gantenbein (Gesamtwerk),
Rico Czerwinski, Iwan Städler, Susi Stühlinger

2014

Frank A. Meyer (Gesamtwerk), Simone Rau,
Mark Dittli, Alex Baur

2015

Arnold Hottinger (Gesamtwerk), Andrea Jeska,
Christian Brönnimann, Manuel Bühlmann,
Oliver Wietlisbach

2016

Felix E. Müller (Gesamtwerk), Paula Scheidt,
Markus Häfliger, Thomas Preusse, Daniel Puntas
Bernet, Federico Franchini, Hannes Grassegger

Dank für Unterstützung und Spenden

Wir danken ganz herzlich

für die grosszügigen Spenden von Migros
(Goldsponsor) und Google (Silbersponsor),

dem Zürcher Presseverein ZPV und dem
Presse- und Medienball für die grosszügige
Unterstützung

der Druckerei Robert Hürlimann AG, Zürich,
für den Druck dieser Broschüre.

Folgende Firmen und Organisationen
(gestaffelt nach Höhe der Beiträge) haben die
Ausrichtung der diesjährigen Preisgelder
in verdankenswerter Weise ermöglicht:

Migros

Google

UBS

Credit Suisse

Tamedia

Neue Zürcher Zeitung

Ringier

Raiffeisen Schweiz

PwC Schweiz

Argus der Presse

Zurich Insurance Group

Adolf & Mary Mil-Stiftung

Bank Vontobel

Lindt & Sprüngli

Keystone

Somedia

WOZ Die Wochenzeitung

Zürcher Kantonalbank

Hoffmann-La Roche

Johann Jacob Rieter-Stiftung

Novartis International

Verband Schweizer Medien

Dr. Bjørn Johansson

MIGROS



Impressum

Herausgeberin

Stiftung Zürcher Journalistenpreis
Rainstrasse 24
8104 Weiningen
T 044 750 29 68
info@zh-journalistenpreis.ch
www.zh-journalistenpreis.ch

Bankverbindung

UBS AG
8098 Zürich
IBAN CH44 0023 0230 2082 4140 J

Redaktion

David Strohm

Satz und Druck

Druckerei Robert Hürlimann AG, Zürich



Stiftung Zürcher Journalistenpreis
Rainstrasse 24
8104 Weiningen
T 044 750 29 68
info@zh-journalistenpreis.ch
www.zh-journalistenpreis.ch